

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Ergänzung zur Tagesordnung Complément à l'ordre du jour Complemento all'ordine del giorno

Sommeression 2025

Session d'été 2025

Sessione estiva 2025

Stand / état / stato: 06.06.2025

Fragestunde vom 10.06.2025 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)**Heure des questions du 10.06.2025** (Art. 31 du Règlement du Conseil national)**Ora delle domande 10.06.2025** (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr. No. n.	Geschäftstitel Titre de l'objet Titolo dell'oggetto	Eingereichter Text Texte déposé Testo depositato
------------------	---	--

Bundeskanzlei

25.7290	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Sounding Boards: Übersicht schaffen, Rechtsgrundlage klären, Überprüfung der Zahl, Aufgaben und Notwendigkeit	- Wie viele und welche von staatlichen Organisationseinheiten eingesetzte "Sounding Boards" auf nationaler Ebene gibt es? - Welche Rechtsgrundlage gibt es für diese? - Welche Funktion, Aufgaben, Kompetenzen, Zweckmässigkeit und Notwendigkeit haben sie? - Kann der Bundesrat eine Übersicht geben, die sämtliche auf eidg. Ebene eingesetzten Fachkommissionen/Begleitgruppen umfasst – unabhängig von ihrer Funktion (beratend, vollziehend etc.) und jeweiligen Bezeichnung (Kommission, Gremium, Sounding Board etc.)?
---------	--	--	---

Departement des Innern

25.7275	DE FR IT	Fra. Sormanni. Milliarden ohne Beleg	Seit Beginn der Coronakrise wurden 61 Millionen Dosen Covid-19-Impfstoff mit 2 Milliarden Franken aus öffentlichen Mitteln finanziert. - Welche Stückpreise und Gesamtbeträge hat der Bund für den Kauf von Impfstoffen pro Vertrag tatsächlich bezahlt? - Wie haben sich die Preise pro Vertrag entwickelt – von der ursprünglichen Vereinbarung bis zur endgültigen Zahlung, unter Berücksichtigung von Nachträgen, Rabatten oder Preiserhöhungen? - Wie sieht die Gesamtkostenaufstellung samt Belegen aus?
---------	--	---	---

25.7276	DE FR IT	Fra. Sormanni. Impfstoffe weggeworfen, Geld verschwendet	Während der Coronakrise wurden Impfstoffe im Wert von über 1,3 Milliarden Franken nicht verwendet und deshalb vernichtet. - Wie viele Dosen wurden vom jeweiligen Hersteller (Moderna, Pfizer/BioNTech usw.) pro Jahr bestellt, geliefert, verabreicht, weitergegeben oder vernichtet? - Wie hoch waren die Kosten für die Entsorgung der überschüssigen Dosen? - Welche Unternehmen wurden mit der Logistik der Impfstoffe (Lagerung, Transport, Entsorgung) beauftragt und zu welchen Kosten?
25.7277	DE FR IT	Fra. Sormanni. Nein zum Druck aus Europa	Laut dem BAG würden mit einer vollständigen Offenlegung der Verträge zu den Covid-19-Impfstoffen gegenüber einigen EU-Staaten, wie Frankreich, Vertraulichkeitszusicherungen nicht eingehalten. Die Schweiz riskiere damit, in einer neuen Pandemie den prioritären Impfstoffzugang zu verlieren. - Wie will der Bundesrat in Zukunft einen raschen Impfstoffzugang gewährleisten und gleichzeitig transparent bleiben? - Hat der Bundesrat in Erwägung gezogen, ausserhalb der europäischen Gruppierungen zu verhandeln, um seine Unabhängigkeit in einer neuen Krise sicherzustellen?
25.7283	DE FR IT	Fra. Guggisberg. Internationale Gesundheitsvorschriften IGV: Ist die Schweiz wirklich vorbehaltlos frei, zu entscheiden?	Seitens Bundesrat wurde bisher immer behauptet, die Internationalen Gesundheitsvorschriften IGV der WHO würden keine Verpflichtung zur Umsetzung von Massnahmen beinhalten. Artikel 42 besagt jedoch: "Aufgrund dieser Vorschriften ergriffene Gesundheitsmassnahmen sind unverzüglich einzuleiten und abzuschliessen sowie transparent und unterschiedslos anzuwenden." Ist die Schweiz wirklich vorbehaltlos frei, die IGV-Vorschriften nicht anzuwenden - ohne jegliche politischen/wirtschaftliche Konsequenzen?
25.7287	DE FR IT	Fra. Sormanni. Sonnenbrillen – Medizinprodukt	Einfuhr von Sonnenbrillen: Warum gelten Sonnenbrillen gemäss Swissmedic als Medizinprodukte? Dies führt dazu, dass Optikerinnen und Optiker für die Einfuhr eine Firma mit Sitz in der Schweiz zwischenschalten müssen, was die Kosten erheblich erhöht.
25.7288	DE FR IT	Fra. Egger Mike. PFAS-Grenzwerte der EU: Unvereinbarkeit mit Schweizer Realitäten?	- Wie beurteilt der Bundesrat die Kompatibilität der angepassten PFAS-Grenzwerte der EU mit den spezifischen Gegebenheiten der Schweiz, insbesondere in Bezug auf die landwirtschaftliche Produktion und die topografischen Bedingungen in den einzelnen Kantonen? - Warum werden mögliche PFAS-Risiken bei tierischen Erzeugnissen stärker thematisiert, während bei pflanzlichen Produkten vergleichbare Anpassungen oder Kontrollen scheinbar weniger Gewicht erhalten?

25.7297	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Landessprachen im Sprachenunterricht: Ist der Bundesrat bereit zu intervenieren?	Im Jahr 2016 unterstrich der Bundesrat die Bedeutung des Sprachenunterrichts für die Verständigung der Landesteile. Er verzichtete auf eine Änderung des Sprachengesetzes und kündigte eine Neubeurteilung an, sollte ein Kanton von der gemeinsam beschlossenen Sprachenstrategie abweichen. Ist der Bundesrat bereit eine Anpassung des Sprachgesetzes wieder aufzunehmen, wenn die Koordination der Kantone nicht ausreicht oder sich bei der Harmonisierung des Sprachunterrichtes Rückschritte abzeichnen?
25.7315	DE FR IT	Fra. Steinemann. Übernimmt der Schweizer Steuerzahler Krippenkosten für EU-Arbeitnehmer, deren Kinder im Ausland betreut werden?	Mit der Vorlage 21.403, beraten am 6. Mai 2025, wurde klar, dass das Abkommen mit der EU uns heute bereits dazu zwingt, die Betreuungskosten auch für die Kinder von EU-Arbeitnehmern zu übernehmen, die im Ausland leben und betreut werden. - Seit wann ist dies so? - Wie viele EU-Arbeitsnehmer bzw. wie viele Kinder im Ausland profitieren davon? - Wie hoch ist der Betrag, der so direkt oder indirekt ins Ausland fliesst?
25.7316	DE FR IT	Fra. Wettstein. Hilfe bei Anträgen auf Entschädigung nach Schaden durch Impf- folgen	In der Antwort auf die Interpellation 25.3202 berichtet der Bundesrat, dass das EDI bis Februar 2025 total 273 Gesuche um Entschädigung nach Schaden durch Impf- folgen behandelt hat und dass es 270 dieser Gesuche aus formellen Gründen ablehnen musste. Eine derart hohe Rückweisungsrate ist zutiefst beunruhigend. Welche Anleitungen oder Hilfen stellt das EDI zur Verfügung, damit eine gesuchstellende Person weiss, wie sie das Gesuch formell korrekt und möglichst vollständig einreichen kann?
25.7317	DE FR IT	Fra. Steinemann. Transparenz zur Finanzierung der NGO „eritreischer Medien- bund“	Versteckt findet man auf der Webseite des eritreischen Medienbundes die Logos der Sponsoren: Unter anderen zahlt der Bund, also der Schweizer Steuerzahler, aufgeführt ist die Fachstelle für Rassismusbekämpfung. - Seit wann zahlt der Bund? - Wie hoch war der Betrag jeweils in den Jahren seit Beginn der finanziellen Unterstützung? Zusätzlich sind die Stelle "Gleichstellung und Diversität" und das "kantonale Integrationsprogramm von Basel-Stadt" aufgeführt. - Wie hoch ist seit wann dieser Betrag?
25.7321	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggin. Sind Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln befristet?	In seiner Antwort auf meine Interpellation <u>24.4442</u> schreibt der Bundesrat, dass Zulassungen für Biozidprodukte zeitlich befristet sind. Wird ein Verlängerungsantrag für die Zulassung gestellt, so erfolgt eine Überprüfung der Beurteilung aufgrund der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse. - Sieht es bei den Pflanzenschutzmitteln ähnlich aus? - Wenn nein, warum nicht? - Wie sieht es in der EU aus? - Gibt es eine Befristung und wenn ja, warum übernimmt der Bundesrat diese Regelung nicht?

25.7327	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Trinkwasseraufbereitung: Was ist mit der Trifluoressigsäure?	Der Bundesrat hat im Januar 2025 in Erfüllung meines Postulats 20.4087 einen Bericht veröffentlicht über die technischen, rechtlichen und finanziellen Herausforderungen bei der Sanierung von Trinkwasser, das mit Chlorothalonil und per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) verunreinigt ist. Die Trifluoressigsäure (TFA), eine kurzkettige und sehr mobile PFAS, die flächendeckend im Grundwasser auftritt und deren Toxizität zunehmend anerkannt ist, wird im Bericht jedoch nicht behandelt. - Warum wurde auf diese Verunreinigung im Bericht nicht eingegangen? - Welche technischen Lösungen gibt es für die Aufbereitung von mit TFA verunreinigtem Wasser?
25.7328	DE FR IT	Fra. Crottaz. Was weiss der Bundesrat über Berufskrankheiten in Zusammenhang mit Pestiziden bei selbstständigen Landwirtinnen und Landwirten?	Auf meine Frage 25.7068 antwortete der Bundesrat, dass Berufskrankheiten, die durch Pestizide verursacht werden, im Rahmen des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung bei Arbeitnehmenden, nicht aber bei Selbstständigerwerbenden berücksichtigt werden. 85 bis 90 Prozent der Pflanzenschutzmittel werden in der Landwirtschaft eingesetzt, oft von Selbstständigerwerbenden. - Sind Schweizer Landwirtinnen und Landwirte Pflanzenschutzmitteln weniger ausgesetzt als Landwirtinnen und Landwirte in unseren Nachbarländern? - Gibt es eine Liste der Berufskrankheiten bei Selbstständigerwerbenden? - Wenn nein, wird diese Lücke geschlossen?
25.7330	DE FR IT	Fra. Zybach. Sicherstellung der öffentlichen Gesundheit	Es braucht diverse Massnahmen, um gegen drohende Krisen gerüstet zu sein. Es braucht z.B. die Sicherstellung, dass Gesundheitsfachpersonen aus dem Ausland rasch in der Schweiz tätig werden können, die Stärkung der Versorgung mit medizinischen Gütern wie z.B. Antibiotika oder Früherkennung dank hochstehendem Abwassermonitoring. Was kann der Bundesrat unternehmen, damit die Querschnittkürzungen nicht zu einer so klar spürbaren Verschlechterung des Gesundheitswesens in der Schweiz führen?
25.7336	DE FR IT	Fra. Glättli. Werden in der Schweiz immer mehr PFAS-haltige Pestizide vermarktet? Wird unser Trinkwasser immer mehr durch TFA verschmutzt?	Auf Grund meiner Ip. 24.3348 listete der Bundesrat die damals in der Schweiz zugelassenen PFAS-haltigen Pestizide auf. Im Nov. 2024 wurde auf der Website des BAFU eine Liste der als PFAS eingestuften Wirkstoffe veröffentlicht, die sich potenziell zu TFA abbauen. - Warum wurden Oxyfluorfen und Penthiopyrad da nicht erwähnt und in wie vielen Produkte findet man sie? - Wie viele Produkte mit Mefentrifluconazol oder Oxathiapiprolin wurden bewilligt, bzw. befinden sich im Bewilligungsverfahren?
25.7341	DE FR IT	Fra. Hässig Patrick. Dringliche Anpassungen der ambulanten Pauschalen per 1. Januar 2026	An der Medienkonferenz vom 30. April 2025 hat die Gesundheitsministerin signalisiert, dass eine Teilrevision der ambulanten Pauschalen bis zur Einführung des Systemwechsels am 1. Januar 2026 möglich ist, sofern sich die Tarifpartner einigen und dem Bundesrat einen entsprechenden Antrag einreichen. Wie viel Zeit benötigt der Bundesrat von der Einreichung eines Antrags durch die OAAT bis zur Genehmigung?

25.7345	DE FR IT	Fra. Thalmann-Bieri. UNO - Drogentag 2025 - Ausrichtung	- Was genau hat der Bundesrat geplant am UNO-Drogentag 2025? Viele Suchtfachstellen wollen risikoarme Drogen konsumieren lassen und so verharmlosen. - Was unternimmt hier der Bundesrat, damit solche Präventionen unterbunden werden können? Thailand will von der "Cannabis-Legalisation" aussteigen und nur medizinisch nutzen lassen. - Kann hier der Bundesrat nachziehen? Wieso nicht? - Wie sieht der Bundesrat seine definitive Ausrichtung bei Cannabis? - Was sieht er für eine Strategie bei den synthetischen Drogen?
25.7356	DE FR IT	Fra. Balmer. Parenterale Ernährung: Bundesamt für Gesundheit auf Irrwegen	Per 1.1.2026 schreibt das BAG betreffend ambulanter künstlicher Ernährung ein in jeder Hinsicht nicht nachvollziehbares Vorgehen und Vergütungssystem vor: Es wird für die Patienten schlechter und sie werden zurück ins Spital getrieben. Teurer wird es auch. 1. Ist der Bundesrat willens, den Kurs des BAGs zu korrigieren und dafür zu sorgen, dass der Status quo beibehalten wird? 2. Wenn Nein: Welche Alternative bietet der Bundesrat zu dem nun vom BAG vorgeschlagenen, untauglichen Modell?
25.7357	DE FR IT	Fra. Bläsi. Häusliche Pflege von Patientinnen und Patienten, die künstlich ernährt werden, sicherstellen	Seit 30 Jahren wird die klinische Ernährung durch Anbieter der häuslichen Pflege sichergestellt. Das Bundesamt für Gesundheit will dieses bewährte Modell grundlegend ändern. Deswegen stellen die Anbieter der häuslichen Pflege ihre Dienste ein. Wie will der Bundesrat den Patientinnen und Patienten erklären, dass sie aufgrund eines neuen Pflegemodells möglicherweise im Krankenhaus bleiben, mit zusätzlichen Kosten rechnen und auf die vorherige Pflegelösung zu Hause verzichten müssen?
25.7363	DE FR IT	Fra. Lohr. KVG und Verordnungen anpassen statt bewährtes System zerlegen	Das BAG zwingt Patienten mit parenteraler Ernährung dazu, eine in der Praxis völlig untaugliche Anpassung in der Behandlung zu akzeptieren. Weshalb redet der Bundesrat betreffend der sehr tauglichen Lösung für künstliche Ernährung daheim von einem «Konflikt mit dem KVG» und tritt einen komplizierten Prozess los, statt schlank und einfach die nötigen Anpassungen auf Verordnungsebene zum Schutz des Status quo vorzunehmen?
25.7427	DE FR IT	Fra. Romy. Künstliche Ernährung: die einfachste Alternative respektieren!	Das BAG will aus formalistischen Überlegungen («Gleichbehandlung aller Leistungsanbieter») ein bewährtes Modell zur künstlichen Ernährung daheim abschaffen – und die Homecare-Anbieter zwingen, mit den Versicherern selbst nach Lösungen zu suchen. Wie rechtfertigt der Bundesrat, die einfachste, kostengünstigste und qualitativ beste Alternative – den Status quo – abzuschaffen und inwiefern ist er bereit, auf die per 1.1.2026 angekündigte Systemänderung zu verzichten?

25.7366	DE FR IT	Fra. Porchet. Keine HIV-Neuinfektionen bis 2030 ohne finanzielle Mittel?	Im Februar dieses Jahres informierte das BAG über die Kürzungen oder Streichungen seiner Leistungen und Aufgaben als Folge der Budgetbeschlüsse des Bundesrats und der Mehrheit des Parlaments. Insbesondere die Umsetzung des nationalen Programms «Stopp HIV, Hepatitis-B-, Hepatitis-C-Virus und sexuell übertragene Infektionen» (NAPS) ist gefährdet. - Hält der Bundesrat unter diesen Umständen weiterhin an seinem Ziel «keine HIV-Neuinfektionen bis 2030» fest? - Wenn ja, mit welchen Massnahmen und Mitteln angesichts der erwähnten Kürzungen?
25.7368	DE FR IT	Fra. Gafner. Zusätzliche Steuergeld-Millionen an die WHO rechtfertigen?	Der WHO wurde in Genf im Mai 2025 zusätzliche Gelder zugesichert. Die Schweiz wolle die WHO zwischen 2025 und 2028 mit zusätzlichen 66 Millionen Franken unterstützen, notabene über die bereits zu leistenden Pflichtbeiträge an das WHO-Budget hinaus. Wieso wurde dem Parlament bei der Gewährung zusätzlicher Gelder an die WHO kein Mitspracherecht eingeräumt, wo doch zahlreiche kritische Vorstösse bezüglich des WHO-Pandemievertrags und der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) hängig sind?
25.7372	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Hohe Kosten für eine Organisation mit unklarer Stossrichtung	Der Bundesrat hat der WHO einen Betrag von CHF 66 Millionen spontan – ohne Beschluss des Parlaments – zugesagt. - Hat die WHO bei der Schweiz einen konkreten Unterstützungsantrag gestellt? Wenn ja, mit welcher Begründung? - Für welchen Zweck soll dieser Betrag eingesetzt werden? - Gibt es eine Vereinbarung zwischen der Eidgenossenschaft und der WHO, resp. hat die WHO gegenüber der Schweiz Zusicherungen abgegeben zur Verwendung dieser Mittel? - Wo werden die Ausgaben in der Staatsrechnung hinterlegt sein?
25.7374	DE FR IT	Fra. Gafner. Zusätzliche Steuergeld-Millionen an die WHO rechtfertigen?	Der WHO wurde in Genf im Mai 2025 zusätzliche Gelder zugesichert hat. Die Schweiz wolle die WHO zwischen 2025 und 2028 mit zusätzlichen 66 Millionen Franken unterstützen, notabene über die bereits zu leistenden Pflichtbeiträge an das WHO-Budget hinaus. Wie lässt sich die "Finanzspritze" an die milliardenschwere WHO gegenüber dem Steuerzahler in einer Zeit rechtfertigen, in welcher der Bundeshaushalt schwer unter Druck steht und von allen Seiten Einsparungen gefordert werden?
25.7375	DE FR IT	Fra. Gafner. Zusätzliche Steuergeld-Millionen an die WHO rechtfertigen?	Der WHO wurde in Genf im Mai 2025 zusätzliche Gelder zugesichert. Die Schweiz wolle die WHO zwischen 2025 und 2028 mit zusätzlichen 66 Millionen Franken unterstützen, notabene über die bereits zu leistenden Pflichtbeiträge an das WHO-Budget hinaus. Was sagt der Bundesrat dazu, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger der Ansicht sind, dass Bundesrat und Verwaltung die kritischen Aspekte der WHO-Politik ausblendet und nicht ernst nimmt?

25.7373	DE FR IT	Fra. Roduit. Parkinson: Komplexe Krankheit und mangelnde Datenlage?	Verfügt der Bundesrat über genaue Daten zur Anzahl der an Parkinson erkrankten Personen in der Schweiz und den betroffenen Altersgruppen sowie deren Entwicklung, um diese neurodegenerative Krankheit besser zu erfassen und die Gesamtkosten besser zu beurteilen, die sie verursacht und sicherlich auch in Zukunft verursachen wird?
25.7378	DE FR IT	Fra. Vontobel. Fehlinformationen in Bundeskampagnen	Anlage 1 Art. A 2c IGV verpflichtet die Schweiz, Fehl- und Desinformation zu behandeln. Am 12.12.21 erklärte BAG-Chefin Anne Lévy: «Für Ungeimpfte fehlt mir das Verständnis. Die Impfung schützt nicht nur sehr gut vor einer Erkrankung, sondern ist auch der Ausweg aus dieser Pandemie...» 1. Gilt diese Aussage als Fehl- oder Desinformation nach IGV? 2. Wer prüft künftig BAG- bzw. kantonale Aussagen darauf? 3. Sind Sanktionen vorgesehen, wenn Beamte amtlich Fehl- oder Desinformation verbreiten?
25.7391	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. WHO: IGV verpflichten Vertragsstaaten zur Schaffung einer zusätzlichen Nationalen IGV-Behörde zur Koordination der Umsetzung der IGV (Art. 4 Abs. 1bis und 2bis IGV)	Dazu gehören Massnahmen gegen «Fehlinformation und Desinformation» (ANNEX 1 A. Ziff. 2.c.vi, Ziff. 3.i). - Handelt es sich bei diesen Regelungen wirklich um rein „technische Anpassungen von geringer Tragweite“, ist „keine Gesetzesänderung notwendig“ und gibt es „keine finanziellen Konsequenzen“? - Wenn der Bundesrat meint, die Aufgaben der Nationalen IGV-Behörde könnten durch das BAG übernommen werden: Wie ist dies ohne zusätzlichen Personalaufwand oder Vernachlässigung anderer Aufgaben umsetzbar?
25.7381	DE FR IT	Fra. Gafner. Statistiken zu Veränderungen von Krankheiten in den Jahren 2020 - 2025	Ist der Bundesrat, beziehungsweise das BAG im Besitz von statistischen Zahlen zur Veränderung von Krankheiten wie Hirnschlägen oder spezifischen Krebsarten in den Jahren 2020 - 2025, und wo sind diese Zahlen zu finden?
25.7382	DE FR IT	Fra. Gafner. Unterscheidung „Post-Vac“ und „Long-Covid“	Nach welcher Methode und mit welchem Monitoring-System hat der Bundesrat beziehungsweise das BAG festgestellt, dass die Meldungen bezüglich «Post-Vac» nicht mit jenen bezüglich «Long-Covid» verwechselt werden?
25.7389	DE FR IT	Fra. Gafner. Monitoring-System für Folgen medizinischer Behandlungen	Welches Monitoring-System hat der Bundesrat beziehungsweise das BAG durchgesetzt, um sicherzustellen, dass ihm kein Fall von unerwünschter Nebenwirkung dieser neuartigen Impfpräparate entgeht?

25.7390	DE FR IT	Fra. Hässig Patrick. Führen Pyrethroide zu einer Zunahme von ADHS in der Bevölkerung?	Wie Tamedia am 27. Januar 2025 berichtete, gibt es offenbar zunehmend überzeugende Hinweise, dass Chemikalien und insbesondere Pyrethroid-Insektizide zu einer Zunahme von ADHS in der Bevölkerung führen können. - Was weiss der Bundesrat über solche wissenschaftlichen Erkenntnisse? - Was weiss er über die Situation in der Schweiz, wo die Zahl der Diagnosen dieser Erkrankung zunimmt? - Welche Rolle kann ein flächendeckendes Human-Biomonitoring bei der Untersuchung solcher Zusammenhänge spielen?
25.7395	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Internationale Gesundheitsvorschriften IGV - Koordinierender Finanzierungsmechanismus	Der neue Art. 44 bis IGV verpflichtet die Staaten zur Erschliessung zusätzlicher Finanzierungsmittel zur wirksamen Umsetzung der IGV, alles unter Aufsicht und Führung der WHA mit Rechenschaftspflicht ihr gegenüber. 1. Ist der Bundesrat der Meinung hier handle es sich um rein technische Anpassungen von geringer Tragweite, die keine finanziellen Konsequenzen habe? 2. Vertritt er wirklich die Meinung, dass die Schweiz damit auch in Zukunft souverän über die eigene Gesundheitspolitik entscheide?
25.7408	DE FR IT	Fra. Balmer. Ambulantes Gesamt-Tarifsystem: Wie will der Bundesrat mit einer Obergrenze für das Kostenwachstum von 4% die Ambulantisierung fördern?	Mit Genehmigung des Gesamt-Tarifsystems hat der Bundesrat per 2026 eine Obergrenze eingeführt und das jährliche Kostenwachstum im ambulanten Bereich auf 4% beschränkt. Mit Blick auf EFAS, die aktuelle finanzielle Unterdeckung von 25% im spitalambulanten Bereich und angesichts eines jährlichen Kostenwachstums von rund 6% bei den Spitälern stellt sich die Frage: Wie will der Bundesrat mit dieser Obergrenze die politisch gewollte Ambulantisierung und damit kostengünstigere Behandlungen fördern?
25.7409	DE FR IT	Fra. Glur. Frage zu den IGV – Demokratische Legitimation von internationalen Staatsverträgen	- Nach welchen Kriterien beurteilt der Bundesrat, ob ein völkerrechtlicher Vertrag mit weitreichenden Auswirkungen auf die nationale Gesetzgebung und Grundrechte dem obligatorischen Referendum oder zumindest einer parlamentarischen Debatte zu unterstellen ist? - Weshalb fanden diese Kriterien keine Anwendung auf die angepassten Internationalen Gesundheitsvorschriften?
25.7411	DE FR IT	Fra. Knutti. Internationale Gesundheitsvorschriften (IGV): Fehlende Analyse vor weiteren Schritten	Am 19. Juli 2025 endet die Frist für das Opting out zu den revidierten IGV. Der Bundesrat hat bis dato keine Anstalten getroffen, den Widerspruch zu erklären. Warum wartet der Bundesrat nicht mit der Annahme der angepassten IGV, solange bis eine umfangreiche Analyse von Nebenwirkungen der eingesetzten mRNA-Präparaten vorliegt?

25.7412	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Letzte Frist für «Opting Out»: 19. Juli 2025. Wird der Bundesrat dafür sorgen, dass die WHO mit ihren «Internationalen Gesundheitsvorschriften» IGV unsere Demokratie nicht weiter untergräbt?	19.06.2020: Die Begründung der Bundespräsidentin Sommaruga, weshalb die Schweiz nicht in die normale Lage übergehe, lautet so: «Das können wir nicht einfach selber entscheiden.» 07.01.2022: Bundesrat Cassis sagt: «Wer in einem Autounfall stirbt und Corona-positiv ist, ist ein Corona-Toter.» Dies werde von der WHO so vorgegeben und auch bei uns so gehandhabt. Wird der Bundesrat mittels «Opting Out» dafür sorgen, dass in der Schweiz wieder helvetische Vernunft anstatt WHO-Paranoia herrscht?
25.7416	DE FR IT	Fra. Huber. Frage zu den IGV – Gewichtung von Vernehmlassungsantworten und Termine	Der Bundesrat hat eine Vernehmlassung zu den angepassten IGV durchgeführt und wird diese Vernehmlassung auswerten. - Weshalb erscheint die Analyse nicht vor der Sommersession? - Wie sieht die Gewichtung, in Zahlen, der einzelnen Organisationen wie Kantonen, Parteien, Wirtschaftsverbänden und Vereinen aus? - Wenn zum Beispiel 51% der Kantonsparlamentarier eine positive Antwort zur Vernehmlassung geben, werden andere Organisationen keine Chance auf Gehör haben. Wie lautet Ihre Gewichtung?
25.7429	DE FR IT	Fra. Addor. WHO-Richtlinien für nationale Impfkampagnen	- Unter anderem in einem Leitfaden aus dem Jahr 2019 hat die WHO sehr genau beschrieben, wie die Länder ihre Bevölkerung dazu bringen können, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen. Hat das BAG im Jahr 2021 diese Unterlagen als Grundlage für seine eigene Impfkampagne verwendet? - Ist eine solche Steuerung durch die WHO mit der Aussage "Die Schweiz wird auch in Zukunft souverän über die eigene Gesundheitspolitik entscheiden" vereinbar?
25.7430	DE FR IT	Fra. Ryser. Verantwortungsloser Umgang mit PFAS-belasteten Produkten?	Im Kanton SG wurden zu hohe PFAS-Werte gemessen. Die Behörden stellten daraufhin ein Verkaufsverbot in Aussicht. Die Umsetzung zeigt aber, dass weiterhin belastete Produkte in den Vertrieb gelangen. Dieses ist nicht konform mit dem Lebensmittelrecht. Wie wird der Bundesrat eine korrekte Umsetzung des Lebensmittelrechts sicherstellen?
25.7435	DE FR IT	Fra. Wyss. Werbung bei der Angehörigenpflege	Auf diversen Kanälen wird derzeit aggressive Werbung für die «Anstellung» als pflegende Angehörige geschaltet. Selbst Influencer werben, um einen möglichst grossen Adressatenkreis zu generieren. 1. Erachtet der BR diese Werbung für rechtlich zulässig? Falls nicht, was plant er diesbezüglich zu unternehmen? 2. Erachtet der BR die Werbung aus Versorgungssicht für zielführend? 3. Wie haben sich die Kosten entwickelt? Wohin flossen diese Gelder?

25.7444	DE FR IT	Fra. Aeschi. SP-Bundesrat Beat Jans lässt linkes Bundesamt für Statistik Unwahrheiten verbreiten	Gemäss NZZ vom 22. Mai 2025 schreibt das BFS, dass «die Trennung zwischen biologischem und sozialem Geschlecht «künstlich» sei. ... Dass Frauen ein etwas höheres Risiko haben, im Lauf ihres Lebens an einer Depression zu erkranken, stellt das Amt kurzerhand in Zusammenhang mit der Hausarbeit.» Wie lange will der Gesamtbundesrat das linke Bundesamt für Statistik noch beim Verbreiten von Unwahrheiten gewähren lassen? Offensichtlich ist der zuständige SP-Bundesrat Beat Jans nicht bereit zu handeln.
---------	--	---	---

Justiz- und Polizeidepartement

25.7278	DE FR IT	Fra. Sormanni. Wenn die Grenze die Genfer Souveränität untergräbt	Der Kanton Genf ist durch den Zustrom von mehr als 115 000 europäischen Grenzgängerinnen und Grenzgängern einem beispiellosen Druck ausgesetzt. Bei der Genfer Spitex IMAD sind über 52 Prozent der Beschäftigten Grenzgängerinnen und Grenzgänger, beim Genfer Rechnungshof über 20 Prozent. Der Zustrom wirkt sich auf die Löhne, den Wohnraum, die Sicherheit und die Souveränität des Kantons aus. - Hält der Bundesrat eine künftige Ausnahmeregelung für den Kanton Genf für gerechtfertigt? - Ist der Bundesrat bereit, angesichts der aussergewöhnlichen Situation des Kantons Genf mit der EU eine Ausnahme vom Freizügigkeitsabkommen auszuhandeln?
25.7279	DE FR IT	Fra. Sormanni. Guillotine-Klausel: Genf leidet, Bern sieht zu	Die Guillotine-Klausel der bilateralen Abkommen erlaubt keine Ausnahmeregelungen in Bezug auf das Personenfreizügigkeitsabkommen. Genf leidet unter dem Zustrom von Grenzgängerinnen und Grenzgängern: Die Löhne werden gedrückt, in einem reichen Kanton verarmt die Bevölkerung. Ist der Bundesrat bereit, die Möglichkeit eines EU-Zusatzabkommens für den Kanton Genf mit einer Quote für Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus der EU zu prüfen? Der Zustrom von Grenzgängerinnen und Grenzgängern, der aufgrund der geografischen Lage und der Attraktivität des Kantons aussergewöhnlich hoch ist, könnte gebremst werden, ohne dass dabei die bilateralen Abkommen gefährdet werden.
25.7280	DE FR IT	Fra. Sormanni. Genferinnen und Genfer auf dem Arbeitsmarkt ausgebremst	Auf einem aufgrund der über 115 000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger gesättigten Arbeitsmarkt ist es für Genferinnen und Genfer – darunter auch Akademikerinnen und Akademiker – schwierig, eine Stelle zu finden. Das Lohngefälle zwischen der Schweiz und dem benachbarten Frankreich führt beidseits der Grenze vermehrt zu Spannungen. Beabsichtigt der Bundesrat, in Anwendung von Artikel 121a der Bundesverfassung Mechanismen zu schaffen, die den Genferinnen und Genfern bei der Arbeitssuche Vorrang einräumen, um so das soziale und wirtschaftliche Gleichgewicht in den Grenzregionen wiederherzustellen?

25.7282	DE FR IT	Fra. Sormanni. Ein Abzug beim Grundbedarf: Wenn SERAFE die Existenz gefährdet (Art. 12 BV)	Personen mit Ausweis S und andere Asylsuchende erhalten Sachleistungen (Unterkunft, Abonnements usw.) sowie einen je nach Kanton unterschiedlichen Betrag von rund 450 Franken pro Person für den Grundbedarf des täglichen Lebens (z. B. Lebensmittel). Von diesem Betrag muss die SERAFE-Gebühr bezahlt werden oder die Hilfeempfängerinnen und -empfänger erhalten eine Barauszahlung, welche die Gebühr bereits beinhaltet. Wie beurteilt der Bundesrat diese Situation und plant er eine Anpassung gemäss Artikel 12 der Bundesverfassung?
25.7311	DE FR IT	Fra. Blunschy. Vertreibt die VÜPF-Revision innovative Schweizer Unternehmen?	Aufgrund der geopolitischen Lage werden für sichere Kommunikation zunehmend Schweizer Technologien wie der Mailanbieter Proton eingesetzt. Dieser hat angekündigt, im Fall der geplanten Revision der VÜPF seine Dienstleistungen einstellen oder ins Ausland verlagern zu müssen. Wie steht der Bundesrat dazu, dass innovative Schweizer Unternehmen, welche sichere elektronische Korrespondenz anbieten, wegen der geplanten VÜPF-Revision ihre Dienstleistungen einstellen oder ins Ausland verlagern müssen?
25.7318	DE FR IT	Fra. Steinemann. Warum wird mehr als jedem 4. Flüchtling der Status aberkannt?	Von 1990 bis Ende 2023 haben insgesamt 132'011 Personen den Flüchtlingsstatus erhalten. Im gleichen Zeitraum wurden 34'747 Personen davon die Flüchtlingseigenschaft aberkannt. Das sind 26,1%. Welches sind die 5. häufigsten Gründe? Wie viele haben die Schweiz verlassen müssen? Wie viele davon sind effektiv (kontrolliert) ausgereist? Was ist mit den anderen passiert?
25.7335	DE FR IT	Fra. Walliser. Kleinkriminalität in Schweizer Grossstädten auf dem Vormarsch?	Die USA spricht Reisewarnungen für die Schweiz aus, wegen der hohen Kleinkriminalität. Die Polizei Bern warnt vor Entreisssdiebstählen, in Zürich meldet die Polizei eine starke Zunahme von Paketdiebstählen. - Wie hat sich die Situation in den Schweizer Grossstädten in Bezug auf Kleinkriminalität im letzten Jahr entwickelt? - Wie war die Situation vor 5, 10 und 15 Jahren?
25.7340	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Heimat im Wandel: Werden Schweizer bald zur Minderheit im eigenen Land?	Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lag 2023 bei über 40% - Tendenz stark steigend. Die einheimische Bevölkerung schrumpft faktisch. 1. Wann wird die Schweizer Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zur Minderheit im eigenen Land? 2. Warum wird dieser Entwicklung politisch nicht gegengesteuert? 3. Wie gedenkt der Bundesrat, die demografische Verdrängung der Einheimischen aufzuhalten? 4. Wie steht der Bundesrat dazu, dass sich viele Einheimische zunehmend fremd im eigenen Land fühlen?

25.7343	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. GEAS / Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln	- Wie beurteilt der BR die menschenrechtlich prekäre Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln, insbesondere in den Closed Controlled Access Centres (CCAC) auf Kos und Samos? - Wie stellt er sicher, dass das finanzielle Engagement der Schweiz im Rahmen des bilateralen Migrationsabkommens mit Griechenland nicht zur Mitfinanzierung menschenrechtswidriger Zustände beiträgt? - Nutzt der BR seinen bilateralen Kontakt mit Griechenland, um Verbesserungen in den Lagern aktiv einzufordern?
25.7349	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Asylanten-Ferien im Herkunfts- land: Recht auf Asyl verfällt	Immer wieder werden Fälle von Flüchtlingen publik, die für einige Tage oder Wochen in ihrem Herkunftsland Ferien verbringen, obwohl sie dort angeblich an Leib und Leben gefährdet sind. 1. Wie viele solche Fälle sind dem Bundesrat bekannt und was hat er bisher dagegen unternommen? 2. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass zumindest den nicht berufstätigen und von der Sozialhilfe abhängigen Asylanten das Asylrecht entzogen werden sollte und sie nicht mehr in die Schweiz zurückkehren dürfen?
25.7361	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Geldwäscherei in Shisha-Bars, Barbershops, Pizza-Kurier- diensten, Nagelstudios, Reise- büros und Bubble-Tea-Shops	Offenbar nutzen verschiedene Mafia-Strukturen Shisha-Bars, Barbershops, Pizza-Kurierdienste, Nagelstudios, Reisebüros und Bubble-Tea-Shops regelmässig, um Geld zu waschen. - Von wie vielen Fällen geht der Bundesrat pro Jahr aus, inkl. regionale Aufteilung? - Wie will der Bundesrat diesem Treiben ein Ende setzen? - Welche Art der Mafia (Strukturen, Herkunftsländer, Herkunft des Geldes) ist beteiligt? Ist es möglich und sinnvoll, in solchen Geschäften temporär die Nutzung von Bargeld zu untersagen?
25.7367	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Täterschutz durch zu viel Daten- schutz - Transparenz wäre wichtig, auch um zukünftige Taten zu verhindern	Ende Mai wurde über ein Urteil des Bezirksgerichts Winterthur berichtet, wobei ein 44-jähriger Flüchtling einen 13-jährigen Schüler sexuell missbraucht hat. Der Täter wird in erster Instanz verurteilt. Dabei darf jedoch die Nationalität des Täters durch das Gericht nicht genannt werden. In Polizeimeldungen muss die Nationalität genannt werden. 1. Wieso hindert der Datenschutz hier die Nationalität zu erfahren? 2. Was sind weitere Gründe, dass die Nationalität oft nicht genannt werden darf?

25.7369	DE FR IT	Fra. Riner. Wegweisung nach Afghanistan	Seit April erachtet das SEM die Rückkehr für alleinstehende, volljährige Männer aus Afghanistan, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, als zumutbar. - wie viele alleinstehende Männer aus Afghanistan halten sich in der Schweiz auf und kommen für eine Rückkehr in Frage? - wie viele Wegweisungen nach Afghanistan wurden seit April bereits vollzogen? - wie viele Wegweisungen wurden angeordnet? - Wie viele Wegweisungen sind rechtskräftig, ohne Vollzug? - Welche weiteren Massnahmen wurden angeordnet?
25.7380	DE FR IT	Fra. Riner. Praxisänderung auch für vorl. Aufgenommene?	Seit der Praxisänderung bzgl. alleinstehenden, volljährigen Afghanen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, behält sich das SEM vor, in Einzelfällen eine gezielte Überprüfung einer bereits erteilten vorläufigen Aufnahme vorzunehmen. - Wie viele alleinstehende, volljährige Männer aus Afghanistan mit vorl. Aufnahme halten sich in der Schweiz auf? - Wie viele Wegweisungen von vorläufig aufgenommenen Afghanen wurden vollzogen, bzw. angeordnet? - Warum will das SEM nur in Einzelfällen eine gezielte Überprüfung vornehmen?
25.7371	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Dynamische Rechtsübernahme bei Schengen/Dublin	Wie viele EU-Rechtsakte (Verordnungen, Richtlinien, Beschlüsse etc.) hat die Schweiz im Rahmen der dynamischen Rechtsübernahme seit Abschluss bzw. Inkrafttreten der Schengen/Dublin-Assoziierungsabkommen (Bilaterale II) übernommen (alle Rechtsakte auflisten mit Quellenangabe)? Wieviele Gesetzes- und Verordnungsänderungen waren dafür erforderlich? Wie oft wurde dagegen das Referendum ergriffen? Wieviele Entscheide des EU-Gerichtshofs (EuGH) sind seither zu Schengen/Dublin ergangen?
25.7402	DE FR IT	Fra. Steinemann. Warum können Ersatzfreiheitsstrafen nicht in gemeinnützige Arbeit umgewandelt werden?	Art. 79a Abs. 2 StGB statuiert, dass keine gemeinnützige Arbeit anstelle eines Gefängnisaufenthalts angeordnet werden kann, wenn jemand seine Busse oder Geldstrafe nicht bezahlt. Der entsprechende Kommentar zum StGB enthält keine Angaben zu den Gründen, die den Gesetzgeber zu diesem Ausschluss bewogen haben. Welche Folgen würde eine Streichung von Art. 79a Abs. 2 StGB nach sich ziehen?

25.7413	DE FR IT	Fra. Steinemann. Warum sind regelmässig hunderte von Kurzaufenthalts-Bewilligungsnehmer in der Sozialhilfe?	Eine L-Bewilligung erhält, wer ein Arbeitsverhältnis zwischen drei Monaten und einem Jahr nachweisen kann. Sie werde aber auch an Stellensuchende ohne Erwerbstätigkeit erteilt, dies schaffe aber keine Ansprüche auf Sozialhilfe, heisst es auf der Webseite des SEM. Regelmässig erscheinen L-Bewilligungsnehmer in der Sozialhilfestatistik, 2023 waren es bspw. 382. - Warum? - Wie lange dauerte ihr Bezug? - Wie viele der letzten Jahre haben eine andere Bewilligung erhalten? - Wie viele sind definitiv ausgereist?
25.7437	DE FR IT	Fra. Knutti. Wird die Umsetzung des Verhüllungsverbots ernst genommen	Seit dem 1. Januar 2025 ist das Bundesgesetz über das Verbot der Verhüllung des Gesichts (BVVG) in Kraft. Verschiedene Medien berichten über Versuche, das Gesetz und die Bundesverfassung zu umgehen. - Wie konsequent wird das Verhüllungsverbot in der Schweiz durchgesetzt? - Wie beurteilt der Bundesrat mögliche Lösungen gegen eine missbräuchliche Verwendung von Hygienemasken zur Umgehung des Verbots?
25.7438	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Sichere Staaten im Asylbereich: Hält die Schweiz an ihrer zurückhaltenden Praxis fest?	Der Bundesrat führt eine Liste mit sicheren Staaten (Heimat-, Herkunfts- und Drittstaaten), die er periodisch überprüft (Art. 6a AsylG). Die EU-Kommission beabsichtigt, die Türkei, Ägypten, Marokko, Tunesien und Bangladesch - anders als die Schweiz - als sichere Staaten einzustufen. Die neue deutsche Regierung plant, neben Marokko und Tunesien auch Algerien als sicheren Staat einzustufen. Folgt die Schweiz dieser Anpassung oder hält sie an ihrer zurückhaltenden Praxis fest?
25.7439	DE FR IT	Fra. Aeschi. Erfolgreiche systematischen Grenzkontrollen in ganz Europa! Nur SP-Bundesrat Beat Jans will weiter wegschauen...	Gemäss bild.de wurden in Deutschland «seit Beginn der Kontrollen am 8. Mai an allen Landesgrenzen 3387 unerlaubte Einreisen registriert. 2613 Migranten wurden zurückgewiesen.» «Insgesamt wurden seit September letzten Jahres über 37 000 unerlaubte Einreisen registriert und fast 25 000 Migranten zurückgewiesen. Nebenbei 991 Schleuser festgenommen und 6167 offene Haftbefehle vollstreckt. Ist der Gesamtbundesrat weiterhin der Meinung, dass systematische Grenzkontrollen «nichts bringen» würden?
25.7440	DE FR IT	Fra. Aeschi. EU-Unterwerfungsvertrag: Stopp der Geheimniskrämerei: Transparenz über die EU-Gesetzesflut und den EU-Bürokratiewahnsinn bei der dynamischen Rechtsübernahmen im Rahmen von Schengen/Dublin	Aktuell liegt mit dem EU-Migrations- und -Asylpakt (25.037) eine 128-seitige Gesetzesfahne auf den Pulten der Nationalräte. Ist der Bundesrat bereit, die fast 500 dynamischen Rechtsübernahmen seit dem Inkrafttreten des Schengen/Dublin-Abkommens am 12. Dezember 2008 übersichtlich auf einer einzigen Webseite aufzulisten und damit Transparenz über die EU-Gesetzesflut und den EU-Bürokratiewahnsinn zu schaffen?

25.7445	DE FR IT	Fra. Aeschi. Erkenntnisse von Ex-Fedpol-Chefin Nicoletta della Valle: Bundesbeamte konsumieren Drogen und belügen die Eidgenossenschaft	Am 15. Mai 2025 titelte der Tagesanzeiger: Ex-Fedpol-Chefin erhebt brisante Vorwürfe: Bundesverwaltung Nicoletta della Valle hält intime Befragungen für «dilettantisch». Konkret sagte della Valle: «Es werden Personen durch die Prüfung durchgewinkt, die regelmässig Drogen konsumieren, ihre Partnerin betrügen, den Arbeitgeber belügen.» Hat der Bund della Valle vorgeladen, dass die Drogen konsumierenden und die Eidgenossenschaft belügenden Beamten identifiziert und entlassen werden können?
---------	--	--	---

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

25.7281	DE FR IT	Fra. Sormanni. Massiv mehr Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und Lohndumping	Der Kanton Genf weist eine der höchsten Sozialhilfequoten der Schweiz auf, und das, obwohl sein BIP zu den schweizweit grössten gehört. Der Lohndruck in den Grenzregionen beschleunigt die Verarmung. Welche konkreten Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um die negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit in Kantonen mit vielen Grenzgängerinnen und Grenzgängern einzudämmen?
25.7296	DE FR IT	Fra. Molina. Arbeitsverweigerung des Bundesrats zu Lasten unserer Sicherheit bei der Weltraumkooperation mit der EU?	Am 01.05.2024 hatte der Bundesrat beschlossen, auf eine Teilnahme am EU-Programm Copernicus zu verzichten. Mit der Überweisung der Motion 24.3476 wurde dieser Entscheid umgestossen und der Bundesrat beauftragt, die Teilnahme anzustreben. Ebenfalls wurde er beauftragt, ein Abkommen über den Beitritt zu IRIS ² abzuschliessen. 1. Was unternimmt der Bundesrat zur Umsetzung der Motion 24.3476? 2. Wann wird er exploratorischen Gespräche mit der EU zur umfassenden Weltraumkooperation führen?
25.7300	DE FR IT	Fra. Wandfluh. Wie werden die zu erwartenden Einkommensverluste bei der Berglandwirtschaft kompensiert, sollten die Landschaftsqualitätsbeiträge gemäss dem Entlastungsprogramm 27 gekürzt werden?	Das Entlastungsprogramm 27 sieht vor, dass die Beiträge vom Bund für die Landschaftsqualitätsleitungen gekürzt werden sollen. Nicht alle Kantone werden den reduzierten Bundesanteil kompensieren können. Diese Beiträge sind eine Entschädigung für erbrachte Leistungen und für die Berglandwirtschaft von grosser Bedeutung. Da die landwirtschaftlichen Einkommen im Berggebiet bereits weit unterdurchschnittlich sind, wäre eine weitere Reduktion inakzeptabel.
25.7305	DE FR IT	Fra. Walder. China–Schweiz: Ist das Verbot von Zwangsarbeit bei den Gesprächen mit Peking über die Arbeitssicherheit Thema?	Im Bericht über den Aussenhandel 2024 wird erwähnt, dass die Schweiz und China den Austausch über die Arbeitssicherheit wiederaufgenommen haben, um die Modernisierung des Abkommens über die Zusammenarbeit in Arbeits- und Beschäftigungsfragen voranzutreiben. Die erste Verhandlungsrunde über das Freihandelsabkommen fand im März in Peking statt. - In welcher Atmosphäre findet der Austausch über die Arbeitssicherheit statt? - Welche Themen werden besprochen? - Werden auch die entscheidenden Fragen im Zusammenhang mit der Zwangsarbeit und ethnischen Minderheiten diskutiert?

25.7309	DE FR IT	Fra. Prelicz-Huber. Welcher Anteil an Biodiversitätsförderflächen ist nach NHG geschützt?	Gemäss Agrarbericht 2024 beträgt der durchschnittliche Anteil der Biodiversitätsförderflächen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche 19,6%. Welcher Anteil davon ist als nationales, regionales bzw. lokales Biotop nach NHG geschützt, gesamthaft für alle BFF sowie getrennt, für jene mit Qualität I und Qualität II?
25.7310	DE FR IT	Fra. Roth David. Wirkungsmessungen der subventionierten Absatzförderung	Laut Antwort des Bundesrates auf meine Ip. 24.4145 führt Schweiz Tourismus, als Empfängerin von Bundessubventionen, Wirkungsmessungen ihrer subventionierten Marketingaktivitäten durch. Führen alle anderen Empfänger/-innen von staatlichen Fördermitteln ebenfalls Wirkungsmessungen bei subventionierten Marketingmassnahmen durch? Wenn ja, was sind deren Ergebnisse und wo sind diese einsehbar? Wenn nein, warum nicht?
25.7322	DE FR IT	Fra. Walder. Sanktionen gegen Israel: Verschärft der Bundesrat endlich den Ton?	Die EU diskutiert neben den Sanktionen, die sie bereits 2024 gegen die gewalttätigen Siedlerinnen und Siedler verhängt hat, und anderen Massnahmen der Mitgliedstaaten nun auch die Aussetzung ihres Assoziierungsabkommens mit Israel. - Die Regierung Netanjahu hat mit ihrem kriminellen, hartnäckigen Kampf gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser eine humanitäre Katastrophe ausgelöst. Beabsichtigt der Bundesrat vor diesem Hintergrund ebenfalls, seine wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Israel zu überdenken? - Wird er endlich beschliessen, die Sanktionen der EU gegen die gewalttätigen Siedlerinnen und Siedler zu übernehmen?
25.7344	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. Anerkennung des CPVO Sortenschutzes für die Schweiz	Die EU regelt den Sortenschutz über das Community Plant Variety Office (CPVO). Die Schweiz erkennt den EU-Sortenschutz nicht automatisch an. Patent und den Sortenschutz werden "Zwillinge" genannt. Wird ein Patent zwischen der EU und der Schweiz direkt anerkannt, trifft das für den Sortenschutz nicht zu. Wäre es ein Desiderat und grundsätzlich möglich, für den Sortenschutz eine ähnliche Regelung wie für das Patent zu treffen?
25.7348	DE FR IT	Fra. Blunschy. Werden die strengen Auflagen gegen die Ausbreitung des Japankäfers entschädigt?	Gärtnereien und Landwirtschaftsbetriebe wurden mit strengen, kurzfristigen Auflagen konfrontiert, welche die Ausbreitung des Japankäfers verhindern oder eindämmen sollen. Wie gedenkt der Bundesrat, die Kosten für diese aufwendigen Massnahmen zu entschädigen?
25.7353	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Welche Garantien bestehen, dass die Leopard I Panzer in Italien nicht in der Ukraine landen?	Der Bundesrat hat der RUAG erlaubt, 71 in Italien gelagerte Leopard-I-Kampfpanzer nach Deutschland zu verkaufen. Die Vorgabe lautet, dass diese Panzer nicht an die Ukraine weitergegeben werden dürfen. - Welche Garantien gibt es, dass diese Panzer tatsächlich nicht weitergegeben werden? - Wer soll diese alten Panzer sonst kaufen?

25.7393	DE FR IT	Fra. Baumann. Berücksichtigung der Klima- strategie Landwirtschaft und Ernährung in der Ausarbeitung der Agrarpolitik 2030+	Die Land- und Ernährungswirtschaft steht mit dem Klimawandel vor einer grossen Herausforderung. Um dieser zu begegnen, haben BLW, BAFU und BLV die Klimastrategie Landwirtschaft und Ernährung erarbeitet. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die darin formulierten Grundsätze, Ziele und Stossrichtungen bei der Erarbeitung der Agrarpolitik 2030+ angemessen berücksichtigt und verbindlich integriert werden?
25.7394	DE FR IT	Fra. Baumann. Wie weiter mit den Versorgungs- sicherheitsbeiträgen?	Gemäss Agroscope-Evaluationsbericht haben die Versorgungssicherheitsbeiträge nur eine geringe Auswirkung auf die Kalorienproduktion, die Versorgungssicherheit steige kaum. Auf meine Frage 24.7666 erklärt der Bundesrat, eine Optimierung der Beiträge zum Schutz der Biodiversität sei nicht nötig. - Entspricht es dem Subventionsgesetz, wenn die Beiträge ausgerichtet werden, obwohl sie ihren Zweck nicht erfüllen? - Erwägt der Bundesrat eine Umwidmung zum langfristigen Erhalt der Produktionsgrundlagen?
25.7399	DE FR IT	Fra. Baumann. Unterstützung für Bäuerinnen und Bauern, die von Naturkata- strophen betroffen sind	- Wie werden Bäuerinnen und Bauern, die Aufgrund von Naturkatastrophen ihren Betrieb bzw. ihre landwirtschaftliche Nutzfläche nicht mehr bewirtschaften können, unterstützt? - Werden die Direktzahlungen (zumindest für eine befristete Zeit bis eine Umorientierung möglich ist) weiter ausgerichtet?
25.7405	DE FR IT	Fra. Kolly. Aussetzung der Verpflichtung zur Nutzung von Digiflux nach der Annahme meiner Motion 24.3078	Nach der Annahme meiner Motion 24.3078 (Version nach Änderung durch den Ständerat) betreffend Digiflux müssen die gesetzlichen Grundlagen geändert werden. - Wird der Bundesrat während der Zeit, die für die Anpassung der Rechtsgrundlagen erforderlich ist, alle Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Nutzung von Digiflux aussetzen? - Wenn nein, wie soll die Einführung dieses unnötigen und stark umstrittenen Programms gehandhabt werden, während die Kammern die gesetzlichen Grundlagen ändern? - Wird es eine ordentliche Vernehmlassung für die zu verabschiedenden neuen Rechtsgrundlagen geben?
25.7414	DE FR IT	Fra. Knutti. Verwaltung lobbyiert für neue Ernährungsweise – ohne Auftrag	Der Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW) reiste an eine UNO-Konferenz nach Brasilien zur «Transformation der Ernährungssysteme». Diese Teilnahme wirft Fragen zur Legitimation und zum Nutzen für die Schweiz auf. 1. Wie hoch waren die Gesamtausgaben für die Reise, inklusive aller beteiligten Personen? 2. Inwiefern rechtfertigt sich diese Reise in Bezug auf einen konkreten Nutzen für die Schweizer Landwirtschaft? 3. Sind weitere internationale Reisen des BLW-Direktors geplant?

25.7417	DE FR IT	Fra. Kolly. Überwachung der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben durch den Bund	Ich habe festgestellt, dass im Kanton Freiburg, wo ich wohne, nach wie vor sehr viele Kontrollen auf landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt werden. Meiner Einschätzung nach ist der Vollzug der Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben (VKKL) mangelhaft. - Wie überprüft der Bund, ob die Kantone nicht zu viele Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben durchführen? - Wie vielen bundesrechtlich vorgeschriebenen Kontrollen müsste sich ein durchschnittlicher Landwirtschaftsbetrieb statistisch gesehen unterziehen?
25.7436	DE FR IT	Fra. Glättli. Rüstungspartnerschaft Schweiz- Israel endlich wirklich stoppen	Entgegen offizieller Antworten pflegt die Schweiz eine enge Rüstungskooperation mit Israel. 2024 wurden für 16,7 Mio Franken Dual-Use Exporte bewilligt, im Q1 2025 7 Millionen Franken für Mikroprozessoren und Telekommunikation. Seit 2015 wurden auch für 4.3 Mio besondere militärische Güter exportiert. - Wann stoppt der Bundesrat endlich die Rüstungszusammenarbeit mit dem kriegsführenden Israel? - Wie verhindert er, dass die bisherigen Exporte beitragen zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza?
25.7447	DE FR IT	Fra. Aeschi. Mehr Schweizer Kurzarbeits- gelder für Ausländer aus der EU und aus Drittstaaten?	Die Kurzarbeit soll neu auf zwei Jahre ausgeweitet werden (Pa.lv. 25.441). Wie hohe Leistungen hat der Bund letztes Jahr für Kurzarbeit für Ausländer aus der EU oder aus Drittstaaten ausgegeben?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

25.7284	DE FR IT	Fra. Bregy. Mobilfunknetz ohne Strom (1/2)	Am 17. April 2025 gab es im u.a. im Kanton Wallis grössere Schneefälle, verbunden mit längeren Stromausfällen. In gewissen Region viel darauf hin über Stunden, ja Tage das Mobilfunknetz aus. Was unternimmt der Bundesrat, um die Mobilfunkanbieter zu verpflichten, eine alternative Stromversorgung zu garantieren und bis wann kann das erfolgen?
25.7286	DE FR IT	Fra. Bregy. Waldschäden im Berner Oberland und im Wallis	Die intensiven Schneefälle vom 17./18. April 2025 haben in den Wäldern im Berner Oberland und im Wallis massive Schäden verursacht, gerade auch in Schutzwäldern. Ist der Bundesrat bereit, die betroffenen Kantone finanziell zu unterstützen und ist allenfalls denkbar, dass vorgenommene Einsparungen beim Wald / Umbuchungen zu Gunsten anderer Bereiche rückgängig gemacht werden, um die Schäden zu beheben?

25.7289	DE FR IT	Fra. Farinelli. Kilometerlanger Stau und gesperrte Fahrspuren auf der Ausfahrt nach Italien: Die Situation ist nicht mehr tragbar	Am Grenzübergang Chiasso-Brogeda war auf der Ausfahrt aus der Schweiz wochenlang nur eine Fahrspur offen, was insbesondere in den Abendstunden zu kilometerlangem Stau führte. Der Grund dafür soll der Zerfall des Strassenbelags auf der italienischen Seite sein. Wie gedenkt der Bundesrat bei den italienischen Behörden zu intervenieren, damit es in Zukunft nicht mehr zu solchen Situationen an dieser Schlüsselstelle für den grenzüberschreitenden Verkehr kommt?
25.7291	DE FR IT	Fra. Weber. Die Stadt in der Stadt bauen – bei der SBB stösst dieses Anliegen auf taube Ohren	Die SBB hat kürzlich mehrere städtebauliche Projekte blockiert, mit denen gewisse Bauten an die Realitäten des 21. Jahrhunderts hätten angepasst werden sollen. Als Grund wurde angegeben, dass diese Bauten von der Fachstelle Denkmalpflege der SBB als Denkmal eingestuft worden waren. Ein Beispiel ist der Tunnel an der Route de l'Etraz in Nyon, wo die Strasse unter den Bahngleisen hindurchführt. Auf welcher rechtlichen Grundlage blockiert die SBB, die parallel zum Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung ein eigenes Verzeichnis führt, notwendige Baumassnahmen?
25.7293	DE FR IT	Fra. Grüter. Führerausweis-Kategorie B für Wohnmobile bis 4,25 Tonnen Gesamtgewicht	Ist geplant, dass in der Schweiz künftig auch Wohnmobile bis 4,25 t mit dem Führerausweis B gelenkt werden dürfen – analog zur EU-Regelung und meinem Vorstoss (22.3537)? Dies würde der Praxis im Freizeitbereich Rechnung tragen und den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen, ohne die Verkehrssicherheit zu gefährden.
25.7294	DE FR IT	Fra. Töngi. Gewinne der Serafe	In den Medien gab es kritische Berichterstattungen über die Gewinne bei Serafe. Der Gewinn habe sich vervielfacht und es seien Dividenden ausgeschüttet worden. - Wie beurteilt der Bundesrat die Ausschüttung von Dividenden aus den Einnahmen der Haushaltsabgabe? - Hat er Möglichkeiten, eine Deckelung des Gewinns vorzuschreiben? - Wie müsste das System der Haushaltsabgaben umgestaltet werden, um die Erzielung eines Gewinns aus deren Eintreiben zu unterbinden?
25.7295	DE FR IT	Fra. Gutjahr. Holzbau wird als nachhaltige und klimaschonende Bauweise betrachtet - verwendete Baustoffe werden jedoch am Ende des Lebenszyklus nicht weiterverwendet - ist das wirklich klimaschonend?	Während jahrhundertealte Fachwerkkonstruktionen die Wiederverwendung zulassen, ist bei Brettschichtholz häufig nur eine thermische Verwertung möglich. Mit zunehmender Fokussierung auf den Holzbau nehmen insbesondere verklebte und verleimte Materialien wie Brettschichtholz, Mehrschichtplatten, OSB zu. - Wie werden verleimte Holzmaterialien fachgerecht entsorgt, recycelt oder wiederverwendet? - Von welchen Mengenverhältnissen sprechen wir in der Schweiz?
25.7298	DE FR IT	Fra. Götte. Lärmhotspots durch «Autoposer» im Strassenverkehr: Wie kann der Bund Kantone und Gemeinden unterstützen?	Wie beurteilt der Bundesrat die Möglichkeiten, Kantone und Gemeinden in der wirksamen Durchsetzung der bestehenden Lärmvorschriften im Strassenverkehr zu unterstützen – insbesondere mit Blick auf punktuell stark belastete Zonen, wo einzelne «Autoposer» durch regelmässige Lärmüberschreitungen das gemeinschaftliche Zusammenleben wesentlich beeinträchtigen?

25.7299	DE FR IT	Fra. Töngi. Gütertransport nach SUST Bericht	Nach dem SUST Bericht zum Unfall im Gotthardtunnel will die SBB gewisse Wagen nicht mehr fahren. Dies bedeutet einen weiteren Verlust an Kapazitäten im Güterverkehr. - Ist dem Bundesrat bekannt, wie die wegfallenden Kapazitäten ersetzt werden können? - Mit wie vielen zusätzlichen Lastwagenfahrten ist zu rechnen? - Ist bekannt, welche Güter auf diesen Wagen transportiert werden?
25.7301	DE FR IT	Fra. Tuosto. Was ist mit dem Gewinn, den die private Firma Serafe AG einfährt?	Bei der öffentlichen Diskussion über die Radio- und Fernsehgebühr gehen viele fälschlicherweise davon aus, dass die Gelder der SRG zugutekommen. Die Gebühr wird jedoch von der privaten Firma Serafe AG erhoben. Ich danke dem Bundesrat für die Klärung der Situation: - Kann der Bundesrat bestätigen, dass die SRG nicht direkt von der Radio- und Fernsehgebühr, die von der Serafe AG erhoben wird, profitiert und dass sie nicht in die Erhebung involviert ist? - Erachtet es der Bundesrat als zweckmässig, eine private Firma mit der Erhebung der Radio- und Fernsehgebühr zu beauftragen?
25.7302	DE FR IT	Fra. Tuosto. Organisation der Präsenz der Bahnpolizei an gewissen Bahnhöfen	Im Personenverkehr braucht es eine qualitativ hochwertige Infrastruktur und einen professionellen Service. Viele Reisende fühlen sich wegen Personen, die sich aggressiv verhalten oder mit Drogen handeln, unsicher. Die Bahnpolizei spielt eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der Sicherheit, doch ihre Präsenz variiert von Ort zu Ort. - Wie ist die Präsenz der Bahnpolizei organisiert? - Sind Anpassungen vorgesehen, um zu gewährleisten, dass die Bahnpolizei dauerhaft präsent ist und mit ihrer Anwesenheit eine abschreckende bzw. beruhigende Wirkung hat?
25.7303	DE FR IT	Fra. Zybach. Verzögerung bei Programmvereinbarungen mit Weltnaturerben	Alle vier Jahre werden die Programmvereinbarungen für die Weltnaturerben zwischen Bund und Kantonen auf Basis des NHG Art. 13 erarbeitet. Diese Vereinbarungen sollten jeweils zu Beginn einer Periode vorliegen. Aktuell haben diese eine Verzögerung von fünf Monaten. Dies bewirkt u.a. unmittelbare Liquiditätsprobleme der betreuenden Organisationen. - Weshalb ist diese Verzögerung entstanden? - Was wird gemacht, dass dies in der nächsten Programmperiode nicht wieder passiert?
25.7304	DE FR IT	Fra. Wandfluh. Wildschäden! Einfluss auf den Schutzwald?	Der Waldbericht 2025 des BAFU widmet dem Thema Wildschäden kein eigenes Kapitel. Weshalb wird auf das schwerwiegende Thema der mangelnden Waldverjüngung auf Grund des Wildtiereinflusses nur am Rande eingegangen und somit die Relevanz und Dringlichkeit der Problematik ausser Acht gelassen?
25.7308	DE FR IT	Fra. Bläsi. Blatten: Einer für alle, alle für einen!	Beabsichtigt der Bundesrat, an die Solidarität der Eigentümerinnen und Eigentümer von Zweitwohnungen im Wallis zu appellieren und sie aufzurufen, bei der vorübergehenden Unterbringung der vom Bergsturz betroffenen Bevölkerung von Blatten zu helfen?

25.7331	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Staatsvertrag mit Deutschland - Wann gibt es endlich Rechts- sicherheit beim Flugverkehr?	Vor 22 Jahren wurde ein möglicher Staatsvertrag mit Deutschland zum Flugverkehr im Schweizer Parlament abgelehnt, zum Nachteil der Schweiz. Ein zweiter Versuch wurde zwar 2013 von der Schweiz ratifiziert, nicht aber von Deutschland. Bezüglich Anflügen auf den Flughafen Zürich über deutsches Gebiet gibt es nach wie vor keine Rechtssicherheit. - Gibt es Bestrebungen von Schweizer Seite her, mit Deutschland wieder das Gespräch zu suchen? - Könnten auch Neuverhandlungen in Betracht gezogen werden?
25.7338	DE FR IT	Fra. Rügsegger. Erhöhten Wasserbedarf für verschiedene Sektoren - prüft der Bundesrat die rechtliche Auslegung von Artikel 8 GSchV?	Die Wasserwiederverwendung (Wwv) ist im Schweizer Recht nicht explizit geregelt. Implizit betreffen jedoch zahlreiche bereits existierende Gesetze und Verordnungen auch mögliche Anwendungen der Wwv. So ist die Bewässerung mit wiederverwendetem Wasser verboten, da nach Art. 8 GSchV auch gereinigtes Abwasser nur in eigens dafür ausgelegten Versickerungsanlagen versickert werden darf. Alle anderen möglichen Anwendungen sind indes per se nicht verboten, aber auch nicht spezifisch reguliert.
25.7339	DE FR IT	Fra. Chollet. Wird sich die Schweiz für ein ambitioniertes internationales Plastikabkommen einsetzen?	Im August werden in der Schweiz die Verhandlungen über ein internationales Plastikabkommen stattfinden. Als Mitglied der «High Ambition Coalition» muss die Schweiz bei den Verhandlungen eine führende Rolle einnehmen. 1. Wird sich der Bundesrat für ein Abkommen engagieren, das ein globales Ziel zur Senkung der Plastikproduktion, die Beseitigung von problematischen und gefährlichen Kunststoffprodukten und chemischen Stoffen und faire Massnahmen für die Umsetzung beinhaltet? 2. Wird die Schweiz als Gastgeberin eine Schlüsselrolle einnehmen und sich für ein ambitioniertes Abkommen einsetzen?
25.7350	DE FR IT	Fra. Schlatter. Motorleistung und Fahrzeug- gewicht: Einfluss auf die Ver- kehrssicherheit	Auf meine Mo. 25.3216 schreibt der Bundesrat: "Motorleistung und Fahrzeuggewicht gehören nicht zu den wesentlichen Unfallfaktoren, weshalb darauf verzichtet wird, sie in der offiziellen Unfallstatistik aufzunehmen. - Ist es aus Sicht des Bundesrates tatsächlich so, dass z.B. das Fahrzeuggewicht wenig über die Schwere des Unfalls aussagt bzw. das Beschleunigungsverhalten wenig Einfluss auf das Unfallgeschehen hat? - Auf welchen wissenschaftlichen Grundlagen basiert diese Aussage?
25.7351	DE FR IT	Fra. Roduit. Optimierung des Energiever- brauchs in Zusammenhang mit der Solarstromproduktion	Tagsüber wird reichlich erneuerbare Energie, insbesondere Solarstrom, produziert. Der Verbrauch konzentriert sich hingegen auf den Abend. Die Verteilnetzbetreiber haben diesen verlagerten Verbrauch lange durch spezifische Zeitfenster gefördert. Diese Gewohnheiten halten sich. Ist der Bundesrat vor diesem Hintergrund bereit, eine nationale, von den Verteilnetzbetreibern unterstützte Sensibilisierungskampagne zu lancieren, um den Stromverbrauch während der Zeiten zu fördern, zu denen viel erneuerbare Energie produziert wird?

25.7359	DE FR IT	Fra. Kolly. UKW-Abschaltung Ende 2026	Die SRG hat nach der Abschaltung ihrer UKW-Sender 6 Prozent Marktanteile und 25 Prozent Reichweite verloren. Dies beunruhigt die regionalen Radiosender, welche die gleichen negativen Folgen befürchten. Viele Hörerinnen und Hörer haben nämlich begonnen, ausländische Radiosender zu hören ... 1. Ist dem Bundesrat dieses Problem bekannt? 2. Ist er bereit, die Auswirkungen der UKW-Abschaltung zu untersuchen und letztere gegebenenfalls zu verschieben oder sogar ganz davon abzusehen?
25.7365	DE FR IT	Fra. Weber. Wie glaubwürdig ist die Umweltpolitik der Schweiz?	Im zwischenstaatlichen Verhandlungsausschuss (INC) für ein globales Plastikabkommen setzt sich die Schweiz dafür ein, dass der Sitz des für die Umsetzung des Abkommens verantwortlichen Sekretariats in Genf ist. Wie glaubwürdig ist die Schweiz als Vorreiterin in der globalen Plastikpolitik, wenn sie zwar auf internationaler Ebene Massnahmen fordert, aber die Bestimmungen des Umweltschutzgesetzes wie Artikel 30a immer noch nicht anwendet?
25.7370	DE FR IT	Fra. Jauslin. Hätte die Biodiversitätsinitiative die Einkommenssituation von Bauernfamilien in Randregionen verbessern können?	Der Bundesrat sagt in seiner Stellungnahme zur <u>Motion 24.4586</u>, dass der Berglandwirtschaft, angesichts der tieferen Betriebseinkommen, im Rahmen der AP30+ besondere Beachtung geschenkt werden soll. - Hätten solche Betriebe von einer Annahme der Biodiversitätsinitiative und zusätzlichen Mitteln für die Pflege von bestehenden Schutzgebieten finanziell profitieren können? - Wenn nein, warum? - Wenn ja, in welchem Umfang, etwa bei einer Annahme des Gegenvorschlages des Bundesrates oder des Nationalrates?
25.7376	DE FR IT	Fra. Kolly. Katastrophe von Blatten	Der Bundesrat prüft eine Nothilfe für Blatten. Blattens Gemeindepräsident möchte ein «neues Blatten» aufbauen. Die derzeitigen Verfahren in der Schweiz (RPG) sind jedoch extrem träge. - Lässt der gesetzliche Rahmen (RPG und RPV) dringliche Raumplanungsverfahren zu? - Ist der Bundesrat bereit, eine <i>Taskforce</i> einzurichten, damit die notwendigen Genehmigungen durch den Bund (Änderung des kantonalen Richtplans) dringend und vorrangig erteilt werden können?
25.7377	DE FR IT	Fra. Roduit. Tragödie von Blatten: Hilfe vorausschauend planen. Was, wenn das Aussergewöhnliche gewöhnlich wird?	Laut Keystone-SDA gab es in den letzten zwei Jahrzehnten bereits 14 grosse Naturkatastrophen, während es im gesamten 20. Jahrhundert nur deren sechs waren. Die laufenden Bemühungen des Bundes im Umweltbereich werden erst langfristig Wirkung zeigen. Wie aber sieht die kurzfristige Strategie des Bundesrates aus, um gemeinsam mit den Kantonen und den betroffenen Partnern die Hilfe für die Opfer der nächsten wahrscheinlichen Naturkatastrophen vorausschauend zu planen?

25.7396	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. 3. Rhonekorrektur: Wie ist der Stand der Dinge?	Die Walliser Regierung hat entschieden, das Projekt der 3. Rhonekorrektur zu überarbeiten. Damit stellen sich folgende Fragen: - Hat der Bund seine Zahlungen an den Kanton Wallis – seit deren Einstellung im Dezember 2022 – wieder aufgenommen? - Beschränken sich diese Zahlungen auf die tatsächlich ausgeführten Arbeiten? - Wie viel Geld ist dem Kanton Wallis seit Dezember 2022 – im Vergleich zur ursprünglichen Planung – nicht ausbezahlt worden? - Wurde zwischen dem Kanton Wallis und dem Bund für den weiteren Verlauf des Projekts der 3. Rhonekorrektur eine «neue Vereinbarung» getroffen?
25.7401	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Bleibelastung durch die Angelfischerei in Schweizer Gewässern	Mit der neuen Jagdverordnung hat der Bundesrat die Bleimunition verboten. Das ist vorbildlich, denn Blei ist ein potentes Umweltgift. Gemäss einem Merkblatt ist die Fischerei für über einen Zehntel des Bleieintrags in die Schweizer Oberflächengewässer verantwortlich: 1250 kg Blei durch Verluste von Ködern zum Angeln von Fischen. Kann der Bundesrat diese Zahlen bestätigen? Was tut er, um – kohärent zur Jagd - die Bleibelastung durch die Fischerei in Schweizer Gewässern zu stoppen?
25.7404	DE FR IT	Fra. Stämpfli. Vorlage zur Regulierung von Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen	Der Bundesrat hat das UVEK am 5. April 2023 beauftragt, eine Vorlage zur Regulierung von Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen auszuarbeiten. Die Vernehmlassungsvorlage ist gemäss der Stellungnahme des Bundesrats vom 14. Mai 2025 auf die Motion 25.3344 ausgearbeitet. Die Eröffnung der Vernehmlassung war ursprünglich für März 2024 geplant, wurde jedoch mehrmals verschoben. Wann gedenkt der Bundesrat, die Vernehmlassung zu eröffnen und die Vorlage dem Parlament zur Beratung zu überweisen?
25.7410	DE FR IT	Fra. Storni. Die SBB stellt den Transport von Güterwagen mit LL-Bremssohlen schrittweise ein. Und die übrigen Transportunternehmen?	Nach der Veröffentlichung des SUST-Schlussberichts über die Entgleisung vom August 2023 im Gotthard-Basistunnel hat die SBB angekündigt, dass sie «schrittweise aus dem Transport von Güterwagen mit so genannten LL-Bremssohlen aussteigen [wird]. Der Grossteil des Ausstiegs wird bis Ende 2025 erfolgen.» Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, damit alle in der Schweiz tätigen Schienengüterverkehrsunternehmen sich dem Entscheid der SBB anschliessen und die Risiken, die von diesen Bremsen ausgehen, weiter reduziert werden?
25.7415	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. Der Fall von Meyer Burger: wie weiter mit der europäischen Solarindustrie?	Im Bericht zum Po 21.3870 betont der BR die zentrale Rolle von Meyer Burger beim Wiederaufbau der europäischen Solarindustrie. Das Unternehmen ist aufgrund chinesischer Dumpingpreise und fehlender politischer Unterstützung in einer existenziellen Krise. Heute wird die USA nicht zur vom BR erhofften Diversifizierung im Bereich Photovoltaik beitragen. Ist sich der Bundesrat angesichts der neusten Entwicklungen den Herausforderungen der Schweizer und der Europäischen Solarindustrie genügend bewusst?

25.7422	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. SUST-Schlussbericht	In seiner Stellungnahme vom 10.3.2025 bekräftigt der Bundesrat, die Sicherheit für den Güterverkehr auf europäischer Ebene zu stärken und damit auch die Sicherheit des Transitgüterverkehrs durch die Schweiz zu gewährleisten. - Welche konkreten Sofortmassnahmen wird der Bund ergreifen, um die Sicherheit im Güterverkehr zu gewähren? - Gedenkt er Zugkontrollleinrichtungen (ZKE) an der Schweizer Grenze einzuführen? - Welche technischen Möglichkeiten sind bekannt, um ein gefährliches Rad zu erkennen?
25.7424	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Konsequenzen SUST-Schlussbericht	Die SBB hat nach Veröffentlichung des SUST-Berichts verlauten lassen, aus dem Transport von Güterwagen mit so genannten LL-Bremssohlen auszusteigen. Trotz möglichen Marktverlusten, zeigt die SBB mit diesem Entscheid, dass ihnen die Sicherheit vorgeht. Wie gedenkt das BAV die SBB zu unterstützen?
25.7426	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Auf den Schweizer Strassen zirkulieren über 600 000 ungeprüfte Fahrzeuge. Warum werden Fahrzeugkontrollen nicht auch bei den Fachleuten aus dem Autogewerbe durchgeführt?	Der Fahrzeugbestand wächst stetig, der Occasionshandel boomt. Viele kantonale Strassenverkehrsämter sind deshalb mit den vorgeschriebenen Prüfungen im Rückstand. Im Kanton Bern, zum Beispiel, hat sich die Zahl der ungeprüften Fahrzeuge in den letzten zwei Jahren fast verdreifacht. Weshalb werden solche Kontrollen nicht auch vom kompetenten Autogewerbe durchgeführt?
25.7431	DE FR IT	Fra. Gianini. Entgleisung im Gotthard-Basistunnel: Soll wirklich auf bessere Kontrollen an der Grenze verzichtet werden?	Ich beziehe mich auf den Abschlussbericht der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle zum im Titel genannten Unfall und auf meine Vorstösse 23.7870, 24.1034 und 25.7185. Das Bundesamt für Verkehr soll nun entgegen der Antwort des Bundesrates auf meine Frage 23.7870 gegenüber einigen Medien darauf hingewiesen haben, dass eine Verbesserung der Sicherheit im Vergleich zu heute nur durch eine Intervention auf internationaler Ebene erreicht werden kann. Soll tatsächlich auf die Einführung besserer Kontrollen an der Grenze bzw. auf die in der Antwort des Bundesrates genannten Massnahmen zur Schadensdetektion verzichtet werden?
25.7432	DE FR IT	Fra. Gianini. Entgleisung im Gotthard-Basistunnel: Das Rollmaterial, das den Unfall verursacht hat, in der Schweiz verbieten?	Aus dem Abschlussbericht der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle geht hervor, dass der Unfall auf den Bruch einer Scheibe des Radtyps BA390 in Kombination mit LL-Bremssohlen zurückzuführen ist. Dieser Radtyp ist vergleichbar mit den Typen BA314 und BA004, die bereits Unfälle verursacht haben. - Hält es der Bundesrat, auch in Anbetracht der Stellungnahme der SBB, für a) möglich und b) notwendig, den Einsatz und die Durchfahrt dieser Art von Rollmaterial in der Schweiz zu verbieten? - Wenn nicht, wie ist der Stand der Kontakte mit den einschlägigen internationalen Gremien und welche Aussichten bestehen?

25.7434	DE FR IT	Fra. Gianini. Entgleisung im Gotthard-Basis-tunnel: Wie steht es um die Massnahmen, mit denen das Risiko ähnlicher Vorfälle verringert werden soll?	Auf meine Vorstösse 23.7870 und 24.1034 hat der Bundesrat geantwortet, dass weitere (technische, kontroll- und infrastrukturseitige) Massnahmen zur Reduktion des Risikos solcher Vorfälle geprüft werden. Wie steht es – im Lichte des Abschlussberichts der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle und der Stellungnahme der SBB – insbesondere um die Einführung von Sensoren und Kameras (Wayside Intelligence) an kritischen Punkten, von intelligenten Elementen an den Güterwagen (Asset Intelligence) und von digitalen automatischen Kupplungssystemen?
25.7446	DE FR IT	Fra. Aeschi. Eklatante Missstände bei Skyguide!	Trotz Sparvorgaben des Bundes erhöhte Skyguide die Geschäftsleitungslöhne um eine Million Franken. Und der Skyguide-Chef Alex Bristol soll auch nach seinem Rücktritt das üppige Salär von 415'000 Franken kassieren. Gleichzeitig hat die Flugsicherungsorganisation das vorgegebene Sparziel um 66 Millionen Franken deutlich verfehlt. Was unternimmt der Bundesrat gegen diese Missstände bei Skyguide?
25.7448	DE FR IT	Fra. Tuena. SBB Cargo richtet den Kombinierten Verkehr neu aus (1)	Mit Mitteilung vom 20.05.2025 kündigt SBB Cargo den radikalen Rückbau des Kombinierten Verkehrs (KV) an. Nur die Verbindung Dietikon-Stabio bleibt bestehen. 8 KV-Terminals, die SBB Cargo bisher betrieb, werden geschlossen. Wie rechtfertigt der Bundesrat die Aufsichtspflichtverletzung durch das BAV, wodurch die SBB Steuermillionen in unnötige Terminals versenken konnte?
25.7449	DE FR IT	Fra. Tuena. SBB Cargo richtet den Kombinierten Verkehr neu aus (2)	Mit Mitteilung vom 20.05.2025 kündigt SBB Cargo den radikalen Rückbau des Kombinierten Verkehrs (KV) an. Nur die Verbindung Dietikon-Stabio bleibt bestehen. 8 KV-Terminals, die SBB Cargo bisher betrieb, werden geschlossen. Müssten die KV-Anlagen der SBB nicht öffentlich ausgeschrieben werden, damit diese von Privaten weiter betrieben werden könnten?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

25.7285	DE FR IT	Fra. Bregy. Mobilfunknetz ohne Strom (2/2)	Neben dem eigentlichen Mobilfunknetz ist auch das Polycom-Netz in vielen Bereichen ausgefallen, obwohl es für eine Redundanz von 72 Stunden ausgelegt ist. Konnten die Gründe für den Ausfall zwischenzeitlich gefunden werden und welche Massnahmen sind geplant, um zukünftig die Redundanz zu gewährleisten?
25.7312	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Was ist der Stand der Umsetzung des Aktionsplans Biodiversität vom VBS?	Der Aktionsplan Biodiversität vom VBS wurde 2023 genehmigt. Seine Ziele sollen bis 2027 erreicht werden. Nun ist Halbzeit. Das VBS will gemäss eigenen Angaben den Stand der Zielerreichung regelmässig überprüfen und die Öffentlichkeit darüber informieren. Aus diesem Anlass: - Was ist der Stand der Umsetzung? - Können die gesteckten Ziele bis 2027 erreicht werden? - Was sind die zentralen Herausforderungen? - Wo braucht es welche Anpassungen?

25.7319	DE FR IT	Fra. Molina. Ausstieg Kanadas aus der F-35-Beschaffung und allfällige Zusatzkosten	Am 14. März 2025 kündigte der kanadische Verteidigungsminister an, dass Kanada aufgrund der US-amerikanischen Zölle und der Androhung einer Annexion mögliche Alternativen zum F-35 prüfe. 1. Welche Auswirkungen hat dies auf die Schweiz? 2. Hat Trumps Zollpolitik und sein Verstoß gegen das Gewaltverbot einen Einfluss auf das Vorgehen der Schweiz? 3. Ist der Bundesrat weiterhin der Meinung, dass für den Kauf des F-35 ein Fixpreis gilt oder zeichnen sich Zusatzkosten ab?
25.7332	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wie viel kosten nichtaussagekräftige Studien in der Armee?	Am 18. Mai berichtete der Blick, dass die Armee eine Studie zu nonbinären Personen in der Armee machen wollte, diese aber abbrechen musste, weil die Befragten sich weigerten, ernsthaft daran teilzunehmen. Wie viel hat diese Studie bisher gekostet und wie viel sollte die gesamte Studie ursprünglich kosten?
25.7333	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wie teuer sind defekte Filter in Panzern?	Im WK der Panzertruppen in Allentsteig in Österreich (TRIAS 25) wurden zwei Soldaten wegen Rauchvergiftungen behandelt, weil die ABC-Filter in den Leopard-Kampfpanzern nicht gewartet wurden und die Luft nicht mehr filtern. Wie viele Panzer sind von diesem Problem betroffen, wie teuer wird die Erneuerung dieser Filter und bis wann sollen diese Filter erneuert werden?
25.7334	DE FR IT	Fra. Walliser. In welchem Zustand sind die Militärspitäler in der Schweiz?	Laut einer Recherche von SRF vom 20. März ist die Schweiz nicht auf medizinische Notfälle vorbereitet – auch hier gilt, dass die Armee die letzte strategische Reserve ist. Es stellt sich nun die Frage, in welchem baulichen Zustand sind die Militärspitäler und geschützten Operationssäle der Armee und in welchem Zustand ist die Ausrüstung und Infrastruktur dort? Könnten diese Einrichtungen im Notfall sofort in Betrieb genommen werden?
25.7342	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. 100 Milliarden und 250'000 Soldaten - Offiziere machen Druck	Die Offiziersgesellschaft Panzer fordert angesichts der angespannten Sicherheitslage in Europa zusätzliche Rüstaussgaben von 100 Milliarden Franken sowie eine personelle Aufstockung der Armee auf 250'000 Soldaten. Wie beurteilt der Bundesrat die Forderung der Offiziersgesellschaft, das Armeebudget bis 2032 auf jährlich 10 Milliarden Franken zu erhöhen, und welche konkreten Schritte plant er, um eine solche Erhöhung – zusätzlich zu den bereits beschlossenen Ausgaben bis 2032 – zu finanzieren?
25.7354	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wo steht der kampfwertgesteigerte Leopard I im Vergleich zu unseren Leopard 87 WE?	Die RUAG verkauft Leopard I Panzer nach Deutschland, wo diese aufgewertet werden. Wie steht die modernste Version des Leopard I in Bezug auf seine Fähigkeiten zu unserem Leopard 2 87 WE?

25.7355	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Ungeklärte Eigentümerschaft von Leopard I Panzern?	In Italien stehen auf einem Gelände der RUAG 96 Leopard I Kampfpanzer. Von diesen ist laut Medienberichte die Eigentümerschaft von 25 Panzern nicht geklärt. Wie kam es zu diesem ungeklärten Zustand und wie wird diese Eigentümerschaft nun ermittelt?
25.7360	DE FR IT	Fra. Thalman-Bieri. Begriff Neutralität und NATO-Beitritt - Aussagen in NZZ Stv. Rüstungschef Thomas Rothacher	1. Was hält der Bundesrat von den Aussagen Stv. Rüstungschef Thomas Rothacher in der NZZ vom 3.06.2025? 2. Wie beabsichtigt der Bundesrat, die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität rasch wieder herzustellen? 3. Was macht der Bundesrat, damit die Neutralität ausserhalb der EU und NATO weiterhin Bestand hat? 4. Wie kann der Bundesrat das Kriegsmaterialgütergesetz mit Grundlage des Völkerrechts (insb. Neutralitätsrecht) anpassen, damit die aktuell gültigen Re-Export-Regeln aufgehoben werden können?
25.7362	DE FR IT	Fra. Andrey. «Sicherheit pro Franken» in der sicherheitspolitischen Strategie 2025?	Am 20. Dezember 2024 hat der Bundesrat die Eckwerte der sicherheitspolitischen Strategie 2025 verabschiedet. - Kann davon ausgegangen werden, dass die Strategie eine ganzheitliche Sicht auf sicherheitsrelevante Massnahmen – sowohl «Soft Power» als auch «Hard Power» – einnimmt und deren Wirkung dem finanziellen Aufwand gegenüberstellt? - Vereinfacht gefragt: Wird ersichtlich, wie viel «Sicherheit pro Franken» erzielt werden kann?
25.7379	DE FR IT	Fra. Chollet. Wie konnte es dazu kommen, dass der Nachrichtendienst Informationen mit Russland austauscht?	Der Nachrichtendienst des Bundes steht im Mittelpunkt einer (neuen) Affäre, bei der es um die Möglichkeit eines intensiven Informationsaustauschs mit Russland geht, die westliche Partnerdienste verärgert. - Wie konnte es innerhalb des Cybersicherheitsteams so weit kommen? - Hält der Bundesrat die aktuelle politische Kontrolle für angemessen? - Ist eine Anpassung der Aufsichtsstruktur, die offensichtlich nicht funktioniert, geplant?
25.7403	DE FR IT	Fra. Stettler. Das Felslabor von Mont Terri: Steht es kurz vor dem Aus?	Das Labor von Mont Terri ist ein internationaler Referenzstandort im Bereich der geologischen Tiefenlagerung radioaktiver Abfälle. Angesichts der Debatte über die Aufhebung des Neubauverbots für Kernkraftwerke und die CO2-Abscheidung und angesichts der Forschungsförderung in der Schweiz ist es absurd, dass sich der Bund zurückzieht – dies, um weniger als 2 Millionen einzusparen. Kann der Bundesrat uns hinsichtlich der Zukunft des Standorts, dessen Glaubwürdigkeit mit seiner Neutralität zusammenhängt, beruhigen?
25.7406	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Russischer Einfluss auf den Nachrichtendienst des Bundes – Klärungsbedarf zur institutionellen Unabhängigkeit, Schweizer Neutralität und Abwehrfähigkeit	1. Wie beurteilt der Bundesrat die Hinweise (SRF, 3.6.25) auf russische Einflussnahme im NDB? 2. Welche Erkenntnisse liegen zu mutmasslichen Infiltrationsversuchen russischer Nachrichtendienste in sicherheitsrelevante Strukturen der Schweiz vor? 3. Welche konkreten organisatorischen/personellen Massnahmen wurden seit 2020 getroffen, um solche Beeinflussungen auszuschliessen? 4. Wie wird mit diplomatisch akkreditierten Personen verfahren, die für ausländische Nachrichtendienste tätig sind?

25.7419	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Leopard-1-Verkauf durch RUAG MRO: Verwendung, Weiterverkauf und möglicher Ringtausch	- Was geschieht mit den 71 Leopard-1-Panzern, die von der RUAG nach Deutschland verkauft werden? Werden diese in Deutschland kampfwertgesteigert und anschliessend weiterverkauft? - Wenn ja, an welche Länder oder Akteure ist ein solcher Weiterverkauf vorgesehen? - Erfolgt der Verkauf im Rahmen eines Ringtauschs zugunsten der Ukraine, etwa über Drittstaaten? - Zu welchem Stückpreis werden die Panzer veräussert, und wie hoch war der ursprüngliche Einkaufspreis, etwa aus italienischen Beständen?
25.7451	DE FR IT	Fra. Tuena. Ist die Schweiz ein Rückzugsort für dschihadistische Einzeltäter?	Das US-Aussenministerium spricht auf seiner Webseite «Travel.State.Gov» eine Reisewarnung für die Schweiz aus. Unter anderem sei die Gefahr durch dschihadistische Einzeltäter unberechenbar. - Wie kommt die USA zu dieser Einschätzung und was müsste man anpassen, um das zu ändern? - Schwächt die Schweiz beispielsweise bei der Erkennung von Gefährdern oder gibt es Lücken in der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit?

Finanzdepartement

25.7274	DE FR IT	Fra. Bregy. OECD-Mindeststeuer	Der US-Präsident hat angekündigt, dass die USA die OECD-Mindeststeuer definitiv nicht einführen will. Was bedeutet dies für die Schweiz und welche Konsequenzen hat dies für die Schweizer Unternehmen?
25.7314	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wissens- und Ressourcenlücken im Binnenzollverkehr: Handlungsbedarf beim BAZG	Was unternimmt der Bundesrat kurz-, mittel- und langfristig, um das Warenabfertigungs- und Tarifierungswissen, welches sich im BAZG über die letzten Jahre (v.a. unter der vorherigen Direktion) stark abgebaut hat und sich nun in Form von substanziellen Wissens- und Ressourcenlücken im abfertigenden Binnenzollverkehr abzeichnen, wieder zu erlangen und unserer Wirtschaft und dem CH-Transportwesen eine kompetente Aufsichtsbehörde im Warenverkehr zu sein?
25.7320	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Kosten Rechtsstreitigkeiten Bund mit ehemaligen (Kader-)Angestellten	In der NZZ am Sonntag vom 11. Mai 2025 war zu lesen, dass der Bund abtretende Spitzenbeamte sogar nach Fehlleistungen mit teils exorbitanten Abgangsentschädigungen belohnt. Dies werde so gemacht, um potenzielle Rechtsstreitigkeiten mit eben diesen Beamten zu verhindern. Daher meine Fragen: - In wie vielen Rechtsstreitigkeiten (Anzahl Verfahren) befindet sich der Bund aktuell mit ehemaligen (Kader-)Angestellten? - Was haben solche Streitigkeiten den Bund in den letzten 5 Jahren total gekostet?

25.7392	DE FR IT	Fra. Kaufmann. Implementierung der Gesuche zur Rückerstattung der Mineralölsteuer in den Online-Schalter für die Landwirtschaft; Agate	Wie gedenkt der Bundesrat sicherzustellen, dass Gesuche zur Rückerstattung der Mineralölsteuer nicht über ein zusätzliches Portal, sondern direkt über Agate – dem offiziellen „Online-Schalter für die Landwirtschaft“ – abgewickelt werden können, um dem Namen des Portals Agate gerecht zu werden und den zusätzlichen administrativen Aufwand für die über 47'000 Landwirtschaftsbetriebe der Schweiz spürbar zu reduzieren bzw. keinen zusätzlichen administrativen Aufwand zu generieren?
25.7397	DE FR IT	Fra. Addor. Verstärkung für die Zollregion West	Festnahme von mit Kalaschnikows bewaffneten Personen, zwei Verfolgungsjagden mit gestohlenen Fahrzeugen oder Kämpfe mit Mörserbeschuss zwischen rivalisierenden Banden – auf zehn Kilometern der Landesgrenze bei Genf häufen sich die Vorfälle. Gleichzeitig beklagt die Zollregion West des BAZG einen Mangel an rund 130 Beamtinnen und Beamten und deren zu kurze Ausbildung. Ist es nicht zwingend notwendig, die SIT-Ausbildung anzupassen und das Personal durch mobile Einsatzkräfte der Militärpolizei zu unterstützen?
25.7398	DE FR IT	Fra. Addor. Verlassene Landesgrenze rund um Genf?	- Wie viel Personal beschäftigt das BAZG am Flughafen Genf? - Wie viel Personal ist gleichzeitig an der Landesgrenze in der Region Genf ausserhalb des Flughafens im Einsatz? - Führt diese Situation nicht gewissermassen zu einem Verzicht auf Zollkontrollen an der Grenze ausserhalb des Flughafens? Und falls ja, welche strukturellen Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um diesen unhaltbaren Missstand zu beseitigen?
25.7400	DE FR IT	Fra. Addor. Sind die Ausbildung und die Ausrüstung der Zollbeamtinnen und -beamten angesichts der sich wandelnden Risiken angemessen?	Die zahlreichen Vorfälle der letzten zwei Monate in der Genfer Grenzzone werfen die Frage nach der Ausbildung und der Ausrüstung des vor Ort eingesetzten Personals des BAZG auf. - Sind diese angemessen? - Gibt es Überlegungen, sie an die sich verändernden Risiken anzupassen, die dieser Beruf mit sich bringt?
25.7407	DE FR IT	Fra. Zybach. Wie sieht das weitere Vorgehen bezüglich der Revision der Statistikverordnung aus	In seiner Stellungnahme zum Postulat 24.4242 schreibt der Bundesrat, dass für eine genauere Analyse der Steuererleichterungen in der Schweiz eine bessere Datenlage nötig sei. Die Vernehmlassung für die dafür notwendige Revision der Statistikverordnung endete vor über einem Jahr im April 2024. - Was ist der Stand der Analyse und wie sieht das weitere Vorgehen aus? - Welche Schritte werden konkret unternommen, um das Ausmass und die Transparenz bezüglich der Steuererleichterungen zu verbessern?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

25.7292	DE FR IT	Fra. Molina. Delegation der Schweiz für die vierte internationale Konferenz über die Entwicklungsfinanzierung (FfD4) in Sevilla	Ende Juni wird die vierte internationale Konferenz über die Entwicklungsfinanzierung (FfD4) in Sevilla stattfinden. Der Fokus der Konferenz liegt auf finanz- und steuerpolitischen Reformen. - Gehe ich richtig in der Annahme, dass das SIF die Schweizer Delegation anführen wird? - Wer wird sonst noch in der Delegation sein?
---------	--	--	--

25.7307	DE FR IT	Fra. Jost. Konferenz über die Entwicklungsfinanzierung in Sevilla	Ende Juni wird die vierte internationale Konferenz über die Entwicklungsfinanzierung (FfD4) in Sevilla stattfinden. Welche Positionen wird die Schweiz zu den folgenden Themen einbringen: Entschuldung, unlautere Finanzflüsse, internationale Steuerpolitik und öffentliche Entwicklungsfinanzierung?
25.7306	DE FR IT	Fra. Weber. Wie kann den unschuldigen Menschen im Nahostkonflikt geholfen werden?	Am 28. Mai zeigte sich der Bundesrat tief bestürzt über das unerträgliche menschliche Leid im Gazastreifen und forderte uneingeschränkten humanitären Zugang sowie eine sofortige Waffenruhe. Was wird der Bundesrat nun unternehmen, damit seine Forderungen vor Ort umgesetzt werden?
25.7323	DE FR IT	Fra. Walder. Hat der Bundesrat die israelische Botschafterin in Zusammenhang mit den wiederholten Kriegsverbrechen der israelischen Verteidigungsstreitkräfte in Gaza einbestellt?	- Hat der Bundesrat die israelische Botschafterin in Bern einbestellt, um ihr mitzuteilen, dass er die wiederholten und sehr schweren Verletzungen des humanitären Völkerrechts in Gaza und im Westjordanland verurteilt? - Hat er der israelischen Botschafterin seine Bestürzung darüber mitgeteilt, dass sich die Regierung Netanjahu gegen jede nachhaltige und ausgewogene Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt sperrt? - Hat er ausserdem seinen Botschafter in Tel Aviv zur Konsultation zurückgerufen?
25.7324	DE FR IT	Fra. Walder. «Gaza Humanitarian Foundation»: Worauf wartet die Schweiz, um sie zu verurteilen?	Die infame Stiftung «Gaza Humanitarian Foundation» wird beschuldigt, Teil eines israelisch-amerikanischen Plans zu sein, demzufolge die Bevölkerung in Gaza dazu gezwungen werden soll, ihren Wohnort zu verlassen, um Hilfe zu erbetteln – ein Vorhaben, das gegen das humanitäre Völkerrecht verstösst. - Wie steht der Bundesrat zu dieser Stiftung? - Welchen Status hat ihre Niederlassung in Genf? - Warum hat sich die Schweiz nicht den 22 Ländern angeschlossen, darunter Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich, die die sofortige Wiederaufnahme der humanitären Hilfe durch die UNO und vertrauenswürdige Partner fordern?
25.7325	DE FR IT	Fra. Crottaz. 1) Worauf wartet der Bundesrat, um den Konflikt in Gaza, bei dem Zivilpersonen und Journalistinnen und Journalisten ums Leben kommen, zu verurteilen?	Die Organisation «Reporter ohne Grenzen» und die UNESCO haben Gaza als den gefährlichsten Ort der Welt, um im Jahr 2025 journalistisch tätig zu sein, bezeichnet und die Internationale Journalisten-Föderation schätzt, dass seit Beginn des Konflikts in Gaza mindestens 180 Journalistinnen und Journalisten ums Leben gekommen sind, zum Grossteil Palästinenserinnen und Palästinenser. Worauf wartet die Schweiz, die auf internationaler Ebene (insbesondere in der UNO) Resolutionen zur Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten unterstützt hat, um sich konsequent zu zeigen und diese massiven Verstösse zu verurteilen?

25.7326	DE FR IT	Fra. Crottaz. Worauf wartet der Bundesrat, um den Konflikt in Gaza, bei dem Zivilpersonen und humanitäre Hilfskräfte ums Leben kommen, zu verurteilen?	Gemäss der UNO wurden seit Oktober 2023 mehr als 400 humanitäre Hilfskräfte getötet, darunter 284 Mitarbeitende des Hilfswerks UNRWA. Diese Zahlen sind erschreckend. Gezielte Angriffe auf humanitäre Hilfskräfte und medizinische Einrichtungen stellen eine Verletzung des humanitären Völkerrechts dar, zu dessen Einhaltung sich die Schweiz als Verwahrerin der Genfer Konventionen verpflichtet hat. Wie rechtfertigt der Bundesrat seine ohrenbetäubende Stille, wenn er sich doch auf eine starke humanitäre Tradition beruft?
25.7346	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Die Bevölkerung in Gaza hungert und der Bundesrat schweigt	Vor den Augen der Weltöffentlichkeit verhungern die Menschen in Gaza. Seit Monaten blockiert Netanjahu die Hilfslieferungen nach Gaza. Jetzt stoppt der Bundesrat die Hilfe für die UN-Hilfsorganisation UNRWA in Gaza und lässt es zu, dass eine neugegründete Organisation (Gaza Humanitarian Foundation, GHF) dies ohne Erfahrung tun soll. Wird der Bundesrat endlich klare Worte zur Aushungerung und gezielten Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung mittels humanitärem Angebot finden?
25.7347	DE FR IT	Fra. Fehlmann Riele. Die Schweiz darf die «Gaza Humanitarian Foundation» nicht unterstützen	Die «Gaza Humanitarian Foundation» wird fälschlicherweise als Schweizer Stiftung angesehen. Dabei verfügt sie nicht einmal über die Mindestanzahl an Stiftungsräten, die in ihrem Namen handeln können. Die Stiftung wurde von Washington und Tel Aviv geschaffen, angeblich um der Bevölkerung in Gaza zu helfen. Doch ihre Tätigkeit verursacht nur Chaos: Sie ist von den kompetenten Hilfsorganisationen nicht anerkannt, da sie das Prinzip der Unparteilichkeit nicht beachtet. Wird sich der Bundesrat von dieser Stiftung in aller Deutlichkeit distanzieren?
25.7352	DE FR IT	Fra. Molina. Skandalöse Aussagen von Aussenminister Cassis in seinem ersten Interview zur humanitären Katastrophe in Gaza seit deren Ausbruch	In einem RTS-Interview am 03.06.25 behauptete Bundesrat Cassis, dass beide Parteien, Israel und die Hamas, verhinderten, dass humanitäre Hilfe nach Gaza gelange. Weiter sagte er, man wisse nicht, ob die Uno-Informationen stimmen, wonach Israel humanitäre Hilfe instrumentalisieren und dass die Schweiz die gemeinsame Erklärung der Geber vom 19.05.25 aufgrund ihrer Neutralität nicht unterzeichnen konnte. - Teilt der Gesamtbundesrat diese Falschaussagen? - Sind Österreich und Irland nicht neutral?
25.7383	DE FR IT	Fra. Tschopp. Gaza. Friedliche Regelung und Zweistaatenlösung: Wie engagiert sich die Schweiz?	Zu den ständigen Bombenangriffen und der Zwangsumsiedlung von Zivilistinnen und Zivilisten kommt die Hungersnot, verursacht durch die Belagerung des Gazastreifens, die wiederum den Zugang zu humanitärer Hilfe blockiert. Die Zurückhaltung der Schweiz ist angesichts ihrer Verpflichtungen unverständlich. Die Schweiz nimmt an der UNO-Konferenz vom 17. Juni 2025 zur Zweistaatenlösung in New York teil. Wie will sich die Schweiz für die Zweistaatenlösung gemäss der am 3. Dezember 2024 angenommenen Resolution A/RES/79/81 «Friedliche Regelung der Palästina-Frage» einsetzen?

25.7384	DE FR IT	Fra. Tschopp. Gaza. Massaker bei der Ausgabe von Lebensmitteln: Wie positioniert sich die Schweiz?	Am 3. Juni 2025 wurden bei der Ausgabe von Lebensmitteln, die von einer von Israel unterstützten Stiftung organisiert worden war, 27 Palästinenserinnen und Palästinenser von den israelischen Verteidigungsstreitkräften getötet. An derselben Stelle wurden am 1. Juni 2025 bei einer anderen Lebensmittelausgabe 31 Palästinenserinnen und Palästinenser getötet. Für das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge können diese Angriffe «auf verzweifelte Zivilistinnen und Zivilisten» Kriegsverbrechen darstellen oder gar als Völkermord angesehen werden. Die Schweiz ist Sitz der Vereinten Nationen: Wie steht sie dazu?
25.7385	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Inakzeptable Äusserungen unseres Aussenministers	Israels unverhältnismässige Reaktion auf die Tragödie vom 7. Oktober 2023 hat zu einem Massaker an rund 50 000 Menschen in Gaza geführt. Dem Land droht eine Hungersnot. Dennoch weigert sich Herr Cassis nach wie vor, sich den 22 europäischen Staaten anzuschliessen, die fordern, dass die humanitäre Hilfe von den Vereinten Nationen verwaltet wird. Schlimmer noch: Er stellt Informationen aus dem Gebiet in Frage, die von Übergriffen der israelischen Armee berichten. Hat sich unser Aussenminister endgültig auf die Seite Israels gestellt, auf Kosten der Menschlichkeit?
25.7386	DE FR IT	Fra. Romy. Missbrauch humanitärer Organisationen	Wie stellt der Bundesrat sicher, dass in der Schweiz registrierte Organisationen, die international in bewaffneten Konflikten operieren oder Spendengelder sammeln, nicht als politische Deckmäntel oder geopolitisch fragwürdige Werkzeuge missbraucht werden?
25.7387	DE FR IT	Fra. Porchet. Kriegsverbrechen Israels: Ist der Bundesrat zu nachsichtig?	Die Vereinten Nationen verurteilen die Serie tödlicher Angriffe in der Nähe von Essensausgabestellen in Gaza und warnen, die Militarisierung der humanitären Hilfe durch Israel gefährde die Zivilbevölkerung zusätzlich. In einem Interview für die RTS stellte Bundesrat Cassis jedoch die Verantwortung Israels für die Massaker in Frage und sprach von einem Informationskrieg. - Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die Vereinten Nationen keine sichere Informationsquelle sind? - Wenn ja, welche Informationsquellen nutzt er?
25.7388	DE FR IT	Fra. Romy. Missbrauch humanitärer Organisationen	- Teilt der Bundesrat die Einschätzung, dass Organisationen, die sich selbst als humanitär bezeichnen, aber keinerlei Transparenz zu Finanzierung, Struktur oder Partnerschaften bieten, ein Reputationsrisiko für die Schweiz als Gaststaat darstellen? - Falls ja, was unternimmt er dagegen?
25.7428	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggin. Wie steht es um die Rechtmässigkeit der Gaza Humanitarian Foundation?	Die in Genf gegründete Gaza Humanitarian Foundation plant, ausländische private Sicherheitsfirmen zur Verteilung von Hilfsgütern in Gaza einzusetzen. Abgesehen davon, dass dies gegen die grundlegenden Anforderungen des Schweizer Stiftungsrechts verstösst, stellt sich mit Blick auf das Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen auch die Frage der Rechtmässigkeit solcher Aktivitäten. Kann der Bundesrat bestätigen, dass die Stiftung die gesetzlichen Anforderungen der Schweiz gesamthaft erfüllt?

25.7313	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Berlin nicht mehr zuständig für Büdingen am Hochrhein - Beitritt zur Schweiz als sinnvolle Alternative?	Vor etlichen Jahren hat die Bundesrepublik Deutschland Schilder, sogenannte „Bundesgrenzzeichen“, aufgestellt, um die Grenzen zu anderen Ländern kenntlich zu machen. Nun will der Bund die Schilder sich selbst, oder viel eher den entsprechenden Kommunen überlassen. Besonders betroffen: Büdingen am Hochrhein, die einzige deutsche Exklave auf Schweizer Boden. Da sich Berlin nicht mehr zuständig fühlt für Büdingen: Ist der Bundesrat bereit, der Gemeinde Büdingen einen Beitritt zur Schweiz anzubieten?
25.7329	DE FR IT	Fra. Walder. Was unternimmt der Bundesrat für die Freilassung von Mustapha Djemali, einem Schweizer Bürger, der in Tunesien willkürlich in Haft ist?	Der Schweiz-Tunesier Mustapha Djemali befindet sich seit über einem Jahr in Tunesien willkürlich in Haft. - Welche konkreten Schritte hat der Bundesrat unternommen, um dieses ehemalige hohe Kadermitglied des UNHCR zu unterstützen? - Fordert die Schweiz öffentlich seine Freilassung? Wenn nein, warum nicht? - Wie setzt sich die Schweiz dafür ein, dass Personen, die sich in Tunesien friedlich für das Recht auf Asyl einsetzen, nicht mehr verfolgt werden? - Kann die Schweiz Informationen über die Haftbedingungen von Mustapha Djemali geben?
25.7337	DE FR IT	Fra. Jost. Wo steht die Überarbeitung des SRVG (Rückführung Vermö- genswerte ausländischer "Potentaten")?	- Welche Schritte wurden seit Juni 2024 zur Kodifizierung der Rückerstattungspraxis unternommen und wann ist der Gesetzesvorschlag geplant? - Wie beurteilt der Bundesrat die Wirksamkeit bestehender Instrumente bei gescheiterten Rechtshilfeverfahren und welche zusätzlichen Mechanismen sind vorgesehen? - Welche Massnahmen plant der Bundesrat zur Verbesserung der PEP-Identifizierung sowie der Behördenkoordination (werden z.B. auch britische Unexplained Wealth Orders geprüft)?
25.7358	DE FR IT	Fra. Roduit. Missstände beim Weltwirt- schaftsforum. Was unternimmt der Bund?	Das Weltwirtschaftsforum (WEF) hat gegen seinen Gründer Klaus Schwab aufgrund ethischen und finanziellen Fehlverhaltens eine Untersuchung eingeleitet. Beabsichtigt der Bundesrat, seine finanziellen Vereinbarungen mit dem WEF zu überdenken und gegebenenfalls Gebrauch von Artikel 13 des Abkommens vom 23. Januar 2015 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Stiftung World Economic Forum zur Festlegung des Status der Stiftung World Economic Forum in der Schweiz zu machen?
25.7364	DE FR IT	Fra. Vontobel. Friedensforum Bergkarabach – Transparenz gefordert	Die Motion 24.4259 verpflichtet die Schweiz, ein Friedensforum einzuberufen, das die sichere Rückkehr der vertriebenen Armenier ermöglicht. Über mögliche Fortschritte dringt nichts nach aussen; die Öffentlichkeit braucht regelmässige Updates. 1. Welche Schritte hat der Bundesrat seit März eingeleitet? 2. Welchen verbindlichen Fahrplan verfolgt er? 3. Wie stellt er faire Beteiligung aller Konfliktparteien sicher?

25.7418	DE FR IT	Fra. Kolly. Die neuen institutionellen Abkommen Schweiz-EU müssen unverzüglich veröffentlicht werden!	Am 21. Mai 2025 haben die Unterhändler der Schweiz und der EU die neuen institutionellen Abkommen zwischen den beiden Parteien unterzeichnet. Die Abkommen sind noch immer nicht öffentlich zugänglich. 1. Warum wartet der Bundesrat mit der Veröffentlichung der Abkommen noch zu? 2. Die Europäische Kommission hat verlauten lassen, sie habe ein «Protokoll über die parlamentarische Zusammenarbeit» unterzeichnet. Was ist damit gemeint?
25.7420	DE FR IT	Fra. Roth Pasquier. Wie werden die Leistungen finanziert, die die DEZA im Ausland auf dem Gebiet des Föderalismus erbringt? 1	Das internationale Zentrum des Instituts für Föderalismus (IFF) unterstützt ausländische Staaten beim Aufbau föderalistischer und dezentralisierter Systeme. Die Finanzierung des Zentrums erfolgte über die DEZA. 2016 beendete die DEZA ihre vertragliche Zusammenarbeit mit dem IFF und beauftragte eine Institution aus Sussex (Vereinigtes Königreich) mit der wissenschaftlichen Begleitung der Schweizer Dezentralisierungsprojekte. Arbeitet die DEZA nach wie vor mit dieser britischen Institution oder mit einer anderen ausländischen Einrichtung zusammen?
25.7421	DE FR IT	Fra. Roth Pasquier. Wie werden die Leistungen finanziert, die die DEZA im Ausland auf dem Gebiet des Föderalismus erbringt? 2	Das internationale Zentrum des Instituts für Föderalismus (IFF) unterstützt ausländische Staaten beim Aufbau föderalistischer und dezentralisierter Systeme. Die Finanzierung des Zentrums erfolgte über die DEZA. 2016 beendete die DEZA ihre vertragliche Zusammenarbeit mit dem IFF und beauftragte eine Institution aus Sussex (Vereinigtes Königreich) mit der wissenschaftlichen Begleitung der Schweizer Dezentralisierungsprojekte. Falls diese Zusammenarbeit nach wie vor besteht, wie lange wird sie noch dauern und wie viel wird sie kosten?
25.7423	DE FR IT	Fra. Roth Pasquier. Wie werden die Leistungen finanziert, die die DEZA im Ausland auf dem Gebiet des Föderalismus erbringt? 3	Das internationale Zentrum des Instituts für Föderalismus (IFF) unterstützt ausländische Staaten beim Aufbau föderalistischer und dezentralisierter Systeme. Die Finanzierung des Zentrums erfolgte über die DEZA. 2016 beendete die DEZA ihre vertragliche Zusammenarbeit mit dem IFF und beauftragte eine Institution aus Sussex (Vereinigtes Königreich) mit der wissenschaftlichen Begleitung der Schweizer Dezentralisierungsprojekte. Hält es der Bundesrat für angebracht, Aufträge, die von Schweizer Institutionen ausgeführt werden können, ins Ausland zu vergeben?
25.7433	DE FR IT	Fra. Mahaim. Tiefseebergbau: Wie setzt sich die Schweiz in der Internationalen Meeresbodenbehörde (IMB) für das Moratorium ein?	2023 erklärte der Bundesrat, ein Moratorium für den Tiefseebergbau zu unterstützen. Die Diskussionen in der IMB werden seither weitergeführt, insbesondere über den Grundsatztext, der diesen Weg konsolidieren soll, dies vor dem Hintergrund, dass die Regierung Trump die internationalen Regeln umgehen und mit dem Abbau im Pazifik beginnen will. Wie beteiligt sich die Schweiz an diesen Diskussionen? Und wie setzt sie sich innerhalb der IMB für das Moratorium (und den Grundsatztext) ein?

25.7441	DE FR IT	Fra. Aeschi. EU-Unterwerfungsvertrag: Prozess der Notifikation der Schweiz über dynamisch zu übernehmende EU-Rechtsakte	Heute wird unter dem Titel von EU-Rechtsakten durch die EU-Kommission der Vermerk «von Bedeutung für den EWR» angebracht, wenn ein EU-Rechtsakt durch die EWR-Staaten zwingend zu übernehmen ist. - Gilt dieser Vermerk neu auch für die Schweiz? Falls nein, wie wird die Schweiz durch die EU über dynamisch zu übernehmende EU-Rechtsakte informiert? - Werden Parlament und Öffentlichkeit gleichzeitig wie die Bundesverwaltung informiert? Falls nein, wann werden Parlament und Öffentlichkeit informiert?
25.7442	DE FR IT	Fra. Aeschi. Inwieweit sektorübergreifende EU-Rechtsakte unter den EU- Unterwerfungsvertrag fallen	- Warum ist der Bundesrat der Meinung, dass die Themen der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und der Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD) nicht unter den EU-Unterwerfungsvertrag fallen? - Sind diese vertraglich explizit ausgenommen? - Ist vertraglich ausgeschlossen, dass bei einer zukünftigen Anpassung dieser EU-Rechtsakte die Schweiz diese (neuen) Teile – aus EU-Sicht – trotzdem dynamisch übernehmen müsste?
25.7443	DE FR IT	Fra. Aeschi. EU-Unterwerfungsvertrag: EU Green Deal neu auch in der Schweiz Pflicht?	- Hat der Bundesrat sichergestellt, dass der EU Green Deal vertraglich vom EU-Unterwerfungsvertrag ausgenommen ist? - Ist vertraglich ausgeschlossen, dass bei einer zukünftigen Anpassung des EU Green Deal die Schweiz diese (neuen) Teile – aus EU-Sicht – trotzdem dynamisch übernehmen müsste?
25.7450	DE FR IT	Fra. Tuena. Reisewarnung der USA für die Schweiz: Wie hoch ist die Kleinkriminalität in Schweizer Grossstädten?	Am 21. Mai hat das US-Aussenministerium eine Reisewarnung für die Schweiz ausgegeben, weil vor allem in Grossstädten mit Kleinkriminalität zu rechnen sei. Wie begründet die USA diesen Schritt und wo steht die Schweiz mit dieser Reisewarnung nun im internationalen Vergleich?